

Gerichtskostengesetz

Datum: 26. Juli 1957

Fundstelle: BGBl I 1957, 861, 941 BGBl I 1957, 941

Textnachweis Geltung ab: 1. 1.1981

Maßgaben aufgrund EinigVtr vgl. GKG Anhang EV, teilweise nicht mehr anzuwenden

Maßgaben aufgrund EinigVtr vgl. GKG Anhang EV, teilweise nicht mehr anzuwenden

GKG Übersicht

Erster Abschnitt

Allgemeine Vorschriften

	§§
Geltungsbereich	1
Kostenfreiheit	2
Sicherstellung und Vorauszahlung	3
Kostenansatz	4
Erinnerung, Beschwerde	5
Beschwerde gegen Anordnung eines Vorschusses oder einer Vorauszahlung	6
Nachforderung	7
Nichterhebung von Kosten wegen unrichtiger Sachbehandlung	8
Verweisungen	9
Verjährung	10
Höhe der Kosten	11

Zweiter Abschnitt

Rechtsstreitigkeiten vor den ordentlichen Gerichten und den Gerichten der Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit

Wertberechnung in bürgerlichen Rechts- streitigkeiten und Familiensachen (§ 1 Abs. 2)	12
Wertberechnung im Beschwerdeverfahren nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	12a
Wertberechnung in Streitsachen und in Rechtsmittelverfahren (§ 1 Abs. 3) des gewerblichen Rechtsschutzes	12b
Wertberechnung in Verfahren vor Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit und Finanzgerichtsbarkeit	13
Wertberechnung in Rechtsmittelverfahren	14
Zeitpunkt der Wertberechnung	15
Miet-, Pacht- und ähnliche Nutzungs- verhältnisse	16
Wiederkehrende Leistungen	17

Versorgungsausgleich	17a
Stufenklage	18
Klage und Widerklage, Hilfsanspruch, wechselseitige Rechtsmittel, Aufrechnung	19
Familiensachen	19a
Einstweiliger Rechtsschutz, Verfahren nach § 319 Abs. 6 des Aktiengesetzes oder § 16 Abs. 3 des Umwandlungsgesetzes	20
Teile des Streitgegenstands	21
Nebenforderungen	22
Angabe des Wertes	23
Wertfestsetzung für die Zuständigkeit des Prozeßgerichts oder die Zulässigkeit des Rechtsmittels	24
Wertfestsetzung für die Gerichtsgebühren .	25
Schätzung des Wertes	26
Einmalige Erhebung der Gebühren	27
(aufgehoben)	28
Zwangsversteigerung	29
Zwangsverwaltung	30
Schiffe, Schiffsbauwerke, Luftfahrzeuge und grundstücksgleiche Rechte	31
Zwangsliquidation einer Bahneinheit	32
Zurückverweisung	33
Verzögerung des Rechtsstreits	34
Dritter Abschnitt	
Insolvenzverfahren, schiffahrtsrechtliches Verteilungsverfahren	
Entsprechend anzuwendende Vorschriften ...	35
(aufgehoben)	36
Wertberechnung	37
Beschwerden	38
Schiffahrtsrechtliches Verteilungsverfahren	39
Vierter Abschnitt	
Strafsachen	
Grundlage der Gebührenbemessung	40
Beschränkung eines Rechtsmittels oder des Einspruchs gegen einen Strafbefehl ..	40a
Nachträgliche Bildung einer Gesamtstrafe oder einer Einheitsstrafe	41
Mehrere Angeschuldigte	42
Wiederaufnahme des Verfahrens	43
Zurücknahme des Strafantrags	44
Verurteilung im Privatklageverfahren	45
Wiederaufnahme eines Privatklageverfahrens	46

Vollstreckung in das Vermögen	47
Fünfter Abschnitt	
Gerichtliche Verfahren	
nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten	48
Sechster Abschnitt	
Gerichtliche Verfahren	
nach dem Strafvollzugsgesetz	48a
Siebenter Abschnitt	
Kostenzahlung und Kostenvorschuß	
Kostenschuldner in Streitverfahren	49
Kostenschuldner im Insolvenzverfahren.....	50
(aufgehoben)	51
Kostenschuldner im schiffahrtsrechtlichen	
Verteilungsverfahren	52
Kostenschuldner im Zwangsversteigerungs-	
und Zwangsverwaltungsverfahren	53
Sonstige Kostenschuldner	54
Auslagenschuldner in besonderen Fällen ...	55
Schuldner der Schreibauslagen und	
bestimmter sonstiger Auslagen	56
Erlöschen der Zahlungspflicht	57
Mehrere Kostenschuldner	58
Haftung von Streitgenossen und	
Beigeladenen	59
Verpflichtung zur Zahlung von Kosten in	
besonderen Fällen	60
Fälligkeit der Gebühren	61
Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung .	62
Fälligkeit der Gebühren in sonstigen	
Fällen, Fälligkeit der Auslagen	63
Fälligkeit der Schreibauslagen und	
bestimmter sonstiger Auslagen	64
Vorauszahlung und Vorschuß in Verfahren	
vor den ordentlichen Gerichten	65
Vorschuß im Zwangsversteigerungs- und	
Zwangsverwaltungsverfahren	66
Vorschuß in Strafsachen	67
Auslagenvorschuß	68
Fortdauer der Vorschußpflicht	69
Achter Abschnitt	
Schluß- und Übergangsvorschriften	
Forst- und Felldrügesachen	70
Anwendung anderer Kostenvorschriften	71
Rechnungsgebühren	72
Übergangsvorschrift	73
Anlage 1 (zu § 11 Abs. 1)	
Anlage 2 (zu § 11 Abs. 2)	

Erster Abschnitt Allgemeine Vorschriften

GKG § 1 Geltungsbereich

(1) Für das Verfahren

- a) vor den ordentlichen Gerichten nach der Zivilprozeßordnung, der Insolvenzordnung, der Schifffahrtsrechtlichen Verteilungsordnung, dem Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung, der Strafprozeßordnung, dem Jugendgerichtsgesetz, dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, dem Strafvollzugsgesetz und dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen,
 - b) vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit nach der Verwaltungsgerichtsordnung,
 - c) vor den Gerichten der Finanzgerichtsbarkeit nach der Finanzgerichtsordnung,
 - d) vor den Staatsanwaltschaften nach der Strafprozeßordnung, dem Jugendgerichtsgesetz und dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
- werden Kosten (Gebühren und Auslagen) nur nach diesem Gesetz erhoben.

(2) Die Vorschriften dieses Gesetzes über die Erhebung von Kosten für das Verfahren vor den ordentlichen Gerichten nach der Zivilprozeßordnung gelten auch für Familiensachen des § 621 Abs. 1 Nr. 1 bis 3, 6, 7 und 9 der Zivilprozeßordnung, die Folgesachen einer Scheidungssache sind. Für Familiensachen des § 621 Abs. 1 Nr. 9 der Zivilprozeßordnung gelten sie auch dann, wenn nach § 621a Abs. 2 der Zivilprozeßordnung einheitlich durch Urteil zu entscheiden ist.

(3) Die Vorschriften dieses Gesetz über die Erhebung von Kosten gelten auch für Rechtsmittelverfahren vor dem Bundesgerichtshof nach dem Patentgesetz, dem Gebrauchsmustergesetz, dem Markengesetz, dem Geschmacksmustergesetz, dem Halbleiterschutzgesetz, dem Schriftzeichengesetz und dem Sortenschutzgesetz.

(4) Vorbehaltlich besonderer Bestimmungen im Arbeitsgerichtsgesetz gelten die Vorschriften dieses Gesetzes über die Erhebung von Kosten für Verfahren vor den ordentlichen Gerichten nach der Zivilprozeßordnung auch für Verfahren vor den Gerichten für Arbeitssachen nach dem Arbeitsgerichtsgesetz.

GKG § 2 Kostenfreiheit

(1) In Verfahren vor den ordentlichen Gerichten und den Gerichten der Finanzgerichtsbarkeit sind von der Zahlung der Kosten befreit der Bund und die Länder sowie die nach Haushaltsplänen des Bundes oder eines Landes verwalteten öffentlichen Anstalten und Kassen.

(2) Sonstige bundesrechtliche Vorschriften, durch die für Verfahren vor den ordentlichen Gerichten und den Gerichten der Finanzgerichtsbarkeit eine sachliche oder persönliche Befreiung von Kosten gewährt ist, bleiben in Kraft. Landesrechtliche Vorschriften, die für diese Verfahren in weiteren Fällen eine sachliche oder persönliche Befreiung von Kosten gewähren, bleiben unberührt.

(3) Vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit und den Gerichten für Arbeitssachen finden bundesrechtliche oder landesrechtliche Vorschriften über persönliche Kostenfreiheit keine Anwendung. Vorschriften über sachliche Kostenfreiheit bleiben unberührt.

(4) Soweit jemandem, der von Kosten befreit ist, Kosten des Verfahrens auferlegt werden, sind Kosten nicht zu erheben; bereits erhobene Kosten sind zurückzuzahlen. Das gleiche gilt, soweit ein von Kosten Befreiter Kosten des Verfahrens übernimmt.

GKG § 3 Sicherstellung und Vorauszahlung

In weiterem Umfang als die Prozeßordnungen und dieses Gesetz es gestatten, darf die Tätigkeit der Gerichte von der Sicherstellung oder Zahlung der Kosten nicht abhängig gemacht werden.

GKG § 4 Kostenansatz

(1) Außer in Strafsachen und in gerichtlichen Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten werden angesetzt

1. die Kosten der ersten Instanz bei dem Gericht, bei dem das Verfahren erster Instanz anhängig ist oder zuletzt anhängig war,
2. die Kosten des Rechtsmittelverfahrens bei dem Rechtsmittelgericht.

Dies gilt auch dann, wenn die Kosten bei einem ersuchten Gericht entstanden sind.

(2) Ist in Strafsachen oder in gerichtlichen Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten eine gerichtliche Entscheidung durch die Staatsanwaltschaft zu vollstrecken oder in Jugendgerichtssachen eine Vollstreckung einzuleiten, so werden die Kosten angesetzt

1. in Strafsachen und in gerichtlichen Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten bei der Staatsanwaltschaft,
2. in Jugendgerichtssachen bei dem Amtsgericht, dem der Jugendrichter angehört, der die Vollstreckung einzuleiten hat (§ 84 des Jugendgerichtsgesetzes).

Im übrigen werden die Kosten in diesen Verfahren bei dem Gericht des ersten Rechtszugs angesetzt. Die Kosten des Rechtsmittelverfahrens vor dem Bundesgerichtshof werden stets bei dem Bundesgerichtshof angesetzt.

(2a) Hat die Staatsanwaltschaft im Falle des § 25a des Straßenverkehrsgesetzes eine abschließende Entscheidung getroffen, so werden die Kosten einschließlich derer, die durch einen Antrag auf gerichtliche Entscheidung entstanden sind, bei ihr angesetzt.

(3) Der Kostenansatz kann im Verwaltungsweg berichtigt werden, solange nicht eine gerichtliche Entscheidung getroffen ist. Ergeht nach der gerichtlichen Entscheidung über den Kostenansatz eine Entscheidung, durch die der Streitwert anders festgesetzt wird, so kann der Kostenansatz ebenfalls berichtigt werden.

GKG § 5 Erinnerung, Beschwerde

(1) Über Erinnerungen des Kostenschuldners und der Staatskasse gegen den Kostenansatz entscheidet das Gericht, bei dem die Kosten angesetzt sind. Sind die Kosten bei der Staatsanwaltschaft angesetzt worden, so ist das Gericht der ersten Instanz zuständig. War das Verfahren in erster Instanz bei mehreren Gerichten anhängig, so ist das Gericht, bei dem es zuletzt anhängig war, auch insoweit zuständig, als Kosten bei den anderen Gerichten angesetzt worden sind.

(2) Gegen die Entscheidung über die Erinnerung können der Kostenschuldner und die Staatskasse Beschwerde einlegen, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 100 Deutsche Mark übersteigt. Die Beschwerde ist ausgeschlossen, wenn die Kosten bei dem Rechtsmittelgericht angesetzt worden sind. Eine Beschwerde an einen obersten Gerichtshof des Bundes und eine weitere Beschwerde finden nicht statt.

(3) Erinnerung und Beschwerde sind schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle bei dem Gericht einzulegen, das für die Entscheidung über die Erinnerung zuständig ist; § 129a der Zivilprozeßordnung gilt entsprechend. Die Erinnerung kann auch bei der Staatsanwaltschaft eingelegt werden, wenn die Kosten bei dieser angesetzt worden sind. Die Beschwerde ist nicht an eine Frist gebunden.

(4) Das Gericht, das über die Erinnerung entschieden hat, kann der Beschwerde abhelfen. Über die Beschwerde entscheidet das nach den für die Hauptsache geltenden Vorschriften zuständige, im Rechtszug nächsthöhere Gericht. Erinnerung und Beschwerde haben keine aufschiebende Wirkung. Der Vorsitzende des Gerichts oder der Vorsitzende des Beschwerdegerichts kann auf Antrag oder von Amts wegen die aufschiebende Wirkung ganz oder teilweise anordnen. Im übrigen sind die für die Beschwerde in der Hauptsache geltenden Vorschriften anzuwenden.

(5) In dem Verfahren über die Erinnerung und über die Beschwerde bedarf es nicht der Mitwirkung eines Bevollmächtigten.

(6) Das Verfahren über die Erinnerung und über die Beschwerde ist gebührenfrei. Kosten werden nicht erstattet.

GKG § 6 Beschwerde gegen Anordnung eines Vorschusses oder einer Vorauszahlung

Gegen den Beschluß, durch den die Tätigkeit des Gerichts auf Grund dieses Gesetzes von der Zahlung eines Kostenvorschusses oder von einer Vorauszahlung abhängig gemacht wird, und wegen der Höhe des Vorschusses oder der Vorauszahlung findet die Beschwerde statt, auch wenn der Wert des Beschwerdegegenstands einhundert Deutsche Mark nicht übersteigt. § 5 Abs. 2 Satz 3, Abs. 3 Satz 3, Abs. 4 Satz 1, 2 und 5 und Abs. 6 ist entsprechend anzuwenden.

GKG § 7 Nachforderung

Wegen irrigen Ansatzes dürfen Kosten nur nachgefordert werden, wenn der berichtigte Ansatz dem Zahlungspflichtigen vor Ablauf des nächsten Kalenderjahrs, nachdem die Entscheidung Rechtskraft erlangt oder das Verfahren sich anderweitig erledigt hat, mitgeteilt worden ist. Ist die Wertfestsetzung geändert worden, so genügt es, wenn der berichtigte Ansatz dem Zahlungspflichtigen drei Monate nach der Änderung der Wertfestsetzung mitgeteilt worden ist.

GKG § 8 Nichterhebung von Kosten wegen unrichtiger Sachbehandlung

(1) Kosten, die bei richtiger Behandlung der Sache nicht entstanden wären, werden nicht erhoben. Das gleiche gilt für Auslagen, die durch eine von Amts wegen veranlaßte Verlegung eines Termins oder Vertagung einer Verhandlung entstanden sind. Für abweisende Bescheide sowie bei Zurücknahme eines Antrags kann von der Erhebung von Kosten abgesehen werden, wenn der Antrag auf unverschuldeter Unkenntnis der tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnisse beruht.

(2) Die Entscheidung trifft das Gericht. Solange nicht das Gericht entschieden hat, können Anordnungen nach Absatz 1 im Verwaltungsweg erlassen werden. Eine im Verwaltungsweg getroffene Anordnung kann nur im Verwaltungsweg geändert werden.

GKG § 9 Verweisungen

(1) Verweist ein erstinstanzliches Gericht oder ein Rechtsmittelgericht ein Verfahren an ein erstinstanzliches Gericht desselben oder eines anderen Zweiges der Gerichtsbarkeit, so ist das frühere erstinstanzliche Verfahren als Teil des Verfahrens vor dem übernehmenden Gericht zu behandeln.

(2) Mehrkosten, die durch Anrufung eines Gerichts entstehen, zu dem der Rechtsweg nicht gegeben oder das für das Verfahren nicht zuständig ist, werden nur dann erhoben, wenn die Anrufung auf verschuldeter Unkenntnis der tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnisse beruht. Die Entscheidung trifft das Gericht, an das verwiesen worden ist.

GKG § 10 Verjährung

(1) Ansprüche auf Zahlung von Kosten verjähren in vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem das Verfahren durch rechtskräftige Entscheidung über die Kosten, durch Vergleich oder in sonstiger Weise beendet ist.

(2) Ansprüche auf Rückerstattung von Kosten verjähren in vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem der Anspruch entstanden ist. Die Verjährung beginnt jedoch nicht vor dem im Absatz 1 bezeichneten Zeitpunkt.

(3) Auf die Verjährung sind die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs anzuwenden; die Verjährung wird nicht von Amts wegen berücksichtigt. Die Verjährung der Ansprüche auf Zahlung von Kosten wird auch durch die Aufforderung zur Zahlung oder durch eine dem Schuldner mitgeteilte Stundung unterbrochen. Ist der Aufenthalt des Kostenschuldners unbekannt, so genügt die Zustellung durch Aufgabe zur Post unter seiner letzten bekannten Anschrift. Bei Kostenbeträgen unter zwanzig Deutsche Mark wird die Verjährung nicht unterbrochen.

GKG § 11 Höhe der Kosten

(1) Kosten werden nach dem Kostenverzeichnis der Anlage 1 zu diesem Gesetz erhoben.

(2) Die Gebühren richten sich nach dem Wert des Streitgegenstands (Streitwert), soweit nichts anderes bestimmt ist. Die Gebühr bei einem Streitwert bis 600 DM beträgt 50 DM. Die Gebühr erhöht sich bei einem

			für jeden
			Streitwert angefangenen um
		bis ... DM Betrag von ... DM	
			weiteren
			... DM
	3.000 I	600 I	20
	10.000 I	1.000 I	15
	20.000 I	2.000 I	30
	50.000 I	5.000 I	45
	100.000 I	10.000 I	60
	400.000 I	30.000 I	200
	1.000.000 I	60.000 I	295
	über I	I	
	1.000.000 I	100.000 I	300

Eine Gebührentabelle für Streitwerte bis eine Million Deutsche Mark ist diesem Gesetz als Anlage 2 beigelegt.

(3) Der Mindestbetrag einer Gebühr ist 20 Deutsche Mark. Dies gilt nicht für das durch die Geschäftsstelle an die Post gerichtete Ersuchen um Bewirkung einer Zustellung (§ 196 ZPO). Pfennigbeträge werden auf volle zehn Deutsche Pfennig aufgerundet.

Zweiter Abschnitt Rechtsstreitigkeiten vor den ordentlichen Gerichten und den Gerichten der Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit

GKG § 12 Wertberechnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Familiensachen (§ 1 Abs. 2)

(1) In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in den in § 1 Abs. 2 genannten Familiensachen richten sich die Gebühren nach dem für die Zuständigkeit des Prozeßgerichts oder die Zulässigkeit des Rechtsmittels maßgeblichen Wert des Streitgegenstandes, soweit nichts anderes bestimmt ist. In Rechtsstreitigkeiten aufgrund des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen darf der Streitwert 500.000 Deutsche Mark nicht übersteigen.

(2) In nichtvermögensrechtlichen Streitigkeiten ist der Wert des Streitgegenstands unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls, insbesondere des Umfangs und der Bedeutung der Sache und der Vermögens- und Einkommensverhältnisse der Parteien, nach Ermessen zu bestimmen. In Ehesachen ist für die Einkommensverhältnisse das in drei Monaten erzielte Nettoeinkommen der Eheleute einzusetzen. In Kindschaftssachen ist von einem Wert von 4.000 Deutsche Mark auszugehen, in einer Scheidungsfolgesache nach § 623 Abs. 2, 3, 5, § 621 Abs. 1 Nr. 1, 2 oder 3 der Zivilprozeßordnung von 1.500 Deutsche Mark. Der Wert darf nicht über 2 Millionen Deutsche Mark angenommen werden; in Ehesachen darf er nicht unter 4.000 Deutsche Mark angenommen werden.

(3) Ist mit einem nichtvermögensrechtlichen Anspruch ein aus ihm hergeleiteter vermögensrechtlicher Anspruch verbunden, so ist nur ein Anspruch, und zwar der höhere, maßgebend.

GKG § 12a Wertberechnung im Beschwerdeverfahren nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen

(1) Im Verfahren über Beschwerden gegen Verfügungen der Kartellbehörde und über Rechtsbeschwerden (§§ 62 und 73 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen) bestimmt sich der Wert nach § 3 der Zivilprozeßordnung. Im Verfahren über Beschwerden eines Beigeladenen (§ 51 Abs. 2 Nr. 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen) ist der Streitwert nach der sich aus dem Antrag des Beigeladenen für ihn ergebenden Bedeutung der Sache nach Ermessen zu bestimmen, jedoch nicht über 500.000 Deutsche Mark.

(2) Im Verfahren über Beschwerden gegen Entscheidungen der Vergabekammer (§ 126 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen) einschließlich des Verfahrens über den Antrag nach § 125 Abs. 2 Satz 2 und 3, § 128 Abs. 1 Satz 3 und nach § 131 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen beträgt der Streitwert fünf vom Hundert der Auftragssumme.

GKG § 12b Wertberechnung in Streitsachen und in Rechtsmittelverfahren (§ 1 Abs. 3) des gewerblichen Rechtsschutzes

(1) In Verfahren nach dem Patentgesetz, dem Gebrauchsmustergesetz, dem Markengesetz, dem Geschmacksmustergesetz, dem Halbleiterschutzgesetz, dem Schriftzeichengesetz und dem Sortenschutzgesetz ist der Wert nach billigem Ermessen zu bestimmen.

(2) Die Vorschriften über die Anordnung der Streitwertbegünstigung (§ 144 Patentgesetz, § 26 Gebrauchsmustergesetz, § 142 Markengesetz) sind anzuwenden.

GKG § 13 Wertberechnung in Verfahren vor Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit und Finanzgerichtsbarkeit

(1) In Verfahren vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit und der Finanzgerichtsbarkeit ist der Streitwert vorbehaltlich der folgenden Vorschriften nach der sich aus dem Antrag des Klägers für ihn ergebenden Bedeutung der Sache nach Ermessen zu bestimmen. Bietet der bisherige Sach- und Streitstand hierfür keine genügenden Anhaltspunkte, so ist ein Streitwert von 8.000 Deutsche Mark anzunehmen.

(2) Betrifft der Antrag des Klägers eine bezifferte Geldleistung oder einen hierauf gerichteten Verwaltungsakt, so ist deren Höhe maßgebend.

(3) In Verfahren vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit über Ansprüche nach dem Vermögensgesetz darf der Streitwert nicht über 1 Million Deutsche Mark angenommen werden.

(4) In Verfahren, welche die Begründung, die Umwandlung, das Bestehen, das Nichtbestehen oder die Beendigung eines besoldeten öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnisses betreffen, ist Streitwert

- a) der 13fache Betrag des Endgrundgehaltes zuzüglich ruhegehaltsfähiger Zulagen, wenn Gegenstand des Verfahrens ein Dienst- oder Amtsverhältnis auf Lebenszeit ist;
- b) in sonstigen Fällen die Hälfte des sich nach Buchstabe a ergebenden Betrages, die Hälfte des 13fachen Anwärtergrundbetrages zuzüglich eines Anwärtersonderzuschlags oder die Hälfte des vertraglich für die Dauer eines Jahres vereinbarten Gehaltes.

Betrifft das Verfahren die Verleihung eines anderen Amtes oder den Zeitpunkt einer Versetzung in den Ruhestand, ist Streitwert die Hälfte des sich nach Satz 1 ergebenden Betrages.

(5) Ist mit einem in Verfahren nach Absatz 4 verfolgten Klagebegehren ein aus ihm hergeleiteter vermögensrechtlicher Anspruch verbunden, so ist nur ein Klagebegehren, und zwar das wertmäßig höhere, maßgebend.

(6) Dem Kläger steht gleich, wer sonst das Verfahren der ersten Instanz beantragt hat.

GKG § 14 Wertberechnung in Rechtsmittelverfahren

(1) Im Rechtsmittelverfahren bestimmt sich der Streitwert nach den Anträgen des Rechtsmittelführers. Endet das Verfahren, ohne daß solche Anträge eingereicht werden, oder werden, wenn eine Frist für die Rechtsmittelbegründung vorgeschrieben ist, innerhalb dieser Frist Rechtsmittelanträge nicht eingereicht, so ist die Beschwer maßgebend.

(2) Der Streitwert ist durch den Wert des Streitgegenstands der ersten Instanz begrenzt. Das gilt nicht, soweit der Streitgegenstand erweitert wird.

(3) Im Verfahren über den Antrag auf Zulassung des Rechtsmittels und im Verfahren über die Beschwerde gegen die Nichtzulassung des Rechtsmittels ist Streitwert der für das Rechtsmittelverfahren maßgebende Wert.

GKG § 15 Zeitpunkt der Wertberechnung

Für die Wertberechnung ist der Zeitpunkt der die Instanz einleitenden Antragstellung entscheidend.

GKG § 16 Miet-, Pacht- und ähnliche Nutzungsverhältnisse

(1) Ist das Bestehen oder die Dauer eines Miet-, Pacht- oder ähnlichen Nutzungsverhältnisses streitig, so ist der Betrag des auf die streitige Zeit entfallenden Zinses und, wenn der einjährige Zins geringer ist, dieser Betrag für die Wertberechnung maßgebend.

(2) Wird wegen Beendigung eines Miet-, Pacht- oder ähnlichen Nutzungsverhältnisses die Räumung eines Grundstücks, Gebäudes oder Gebäudeteils verlangt, so ist ohne Rücksicht darauf, ob über das Bestehen des Nutzungsverhältnisses Streit besteht, der für die Dauer eines Jahres zu entrichtende Zins maßgebend, wenn sich nicht nach Absatz 1 ein geringerer Streitwert ergibt. Verlangt ein Kläger die Räumung oder Herausgabe auch aus einem anderen Rechtsgrund, so ist der Wert der Nutzung eines Jahres maßgebend.

(3) Werden der Anspruch auf Räumung von Wohnraum und der Anspruch nach den §§ 556a, 556b des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf Fortsetzung des Mietverhältnisses über diesen Wohnraum in demselben Prozeß verhandelt, so werden die Werte nicht zusammengerechnet.

(4) Bei Ansprüchen nach den §§ 556a, 556b des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist auch für die Rechtsmittelinstanz der für die erste Instanz maßgebende Wert zugrunde zu legen, sofern nicht die Beschwer geringer ist.

(5) Bei Ansprüchen auf Erhöhung des Mietzinses für Wohnraum ist höchstens der Jahresbetrag des zusätzlich geforderten Zinses maßgebend.

GKG § 17 Wiederkehrende Leistungen

(1) Bei Ansprüchen auf Erfüllung einer gesetzlichen Unterhaltspflicht ist der für die ersten zwölf Monate nach Einreichung der Klage oder des Antrags geforderte Betrag maßgeblich, höchstens jedoch der Gesamtbetrag der geforderten Leistung. Bei Unterhaltsansprüchen nach den §§ 1612a bis 1612c des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist dem Wert nach Satz 1 der Monatsbetrag des Unterhalts nach dem Regelbetrag und der Altersstufe zugrunde zu legen, die im Zeitpunkt der Einreichung der Klage oder des Antrags maßgebend sind.

(2) Wird wegen der Tötung eines Menschen oder wegen der Verletzung des Körpers oder der Gesundheit eines Menschen Schadensersatz durch Entrichtung einer Geldrente verlangt, so ist der fünffache Betrag des einjährigen Bezugs maßgebend, wenn nicht der Gesamtbetrag der geforderten Leistungen geringer ist. Dies gilt nicht bei Ansprüchen aus einem Vertrag, der auf Leistung einer solchen Rente gerichtet ist.

(3) Bei Ansprüchen auf wiederkehrende Leistungen aus einem öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnis, einer Dienstpflicht oder einer Tätigkeit, die an Stelle einer gesetzlichen Dienstpflicht geleistet werden kann, sowie bei Ansprüchen von Arbeitnehmern auf wiederkehrende Leistungen ist der dreifache Jahresbetrag der wiederkehrenden Leistungen maßgebend, wenn nicht der Gesamtbetrag der geforderten Leistungen geringer ist.

(4) Die bei Einreichung der Klage fälligen Beträge werden dem Streitwert hinzugerechnet. Der Einreichung der Klage steht die Einreichung eines Antrags auf Bewilligung der Prozeßkostenhilfe gleich, wenn die Klage alsbald nach Mitteilung der Entscheidung über den Antrag oder über eine alsbald eingelegte Beschwerde eingereicht wird. Die Sätze 1 und 2 sind im vereinfachten Verfahren zur Festsetzung von Unterhalt Minderjähriger entsprechend anzuwenden.

GKG § 17a Versorgungsausgleich

Im Verfahren über den Versorgungsausgleich sind maßgebend

1. in den Fällen des § 1587b des Bürgerlichen Gesetzbuchs der Jahresbetrag der Rente, die den zu übertragenden oder zu begründenden Rentenanwartschaften entspricht, mindestens jedoch 1.000 Deutsche Mark,
2. im Falle des § 1587g Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs der Jahresbetrag der Geldrente, mindestens jedoch 1.000 Deutsche Mark.

GKG § 18 Stufenklage

Wird mit der Klage auf Rechnungslegung oder auf Vorlegung eines Vermögensverzeichnisses oder auf Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung die Klage auf Herausgabe desjenigen verbunden, was der Beklagte aus dem zugrunde liegenden Rechtsverhältnis schuldet, so ist für die Wertberechnung nur einer der verbundenen Ansprüche, und zwar der höhere, maßgebend.

GKG § 19 Klage und Widerklage, Hilfsanspruch, wechselseitige Rechtsmittel, Aufrechnung

(1) In einer Klage und in einer Widerklage geltend gemachte Ansprüche, die nicht in getrennten Prozessen verhandelt werden, werden zusammengerechnet. Ein hilfsweise geltend gemachter Anspruch wird mit dem Hauptanspruch zusammengerechnet, soweit eine Entscheidung über ihn ergeht. Betreffen die Ansprüche im Fall des Satzes 1 oder 2 denselben Gegenstand, ist nur der Wert des höheren Anspruchs maßgebend.

(2) Für wechselseitig eingelegte Rechtsmittel, die nicht in getrennten Prozessen verhandelt werden, ist Absatz 1 Satz 1 und 3 entsprechend anzuwenden.

(3) Macht der Beklagte hilfsweise die Aufrechnung mit einer bestrittenen Gegenforderung geltend, so erhöht sich der Streitwert um den Wert der Gegenforderung, soweit eine der Rechtskraft fähige Entscheidung über sie ergeht.

(4) Bei einer Erledigung des Rechtsstreits durch Vergleich sind die Absätze 1 bis 3 entsprechend anzuwenden.

GKG § 19a Familiensachen

(1) Die Scheidungssache und die Folgesachen (§ 623 Abs. 1 bis 3, 5, § 621 Abs. 1 Nr. 1 bis 9 der Zivilprozeßordnung) gelten als ein Verfahren, dessen Gebühren nach dem zusammengerechneten Wert der Gegenstände zu berechnen sind. Eine Scheidungsfolgesache nach § 623 Abs. 2, 3, 5, § 621 Abs. 1 Nr. 1, 2 oder 3 der Zivilprozeßordnung ist auch dann als ein Gegenstand zu bewerten, wenn sie mehrere Kinder betrifft. § 12 Abs. 3 ist nicht anzuwenden.

(2) Absatz 1 Satz 1 gilt entsprechend, wenn nach § 621a Abs. 2 der Zivilprozeßordnung einheitlich durch Urteil zu entscheiden ist.

(3) Die Bestellung eines Verfahrenspflegers und deren Aufhebung nach § 50 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sind Teil der Folgesache.

GKG § 20 Einstweiliger Rechtsschutz, Verfahren nach § 319 Abs. 6 des Aktiengesetzes oder § 16 Abs. 3 des Umwandlungsgesetzes

(1) Im Verfahren über einen Antrag auf Anordnung, Abänderung oder Aufhebung eines Arrests oder einer einstweiligen Verfügung bestimmt sich der Wert nach § 3 der Zivilprozeßordnung. Entsprechendes gilt im Verfahren über den Antrag auf Zulassung der Vollziehung einer vorläufigen oder sichernden Maßnahme des Schiedsgerichts sowie im Verfahren auf Aufhebung oder Abänderung einer Entscheidung auf Zulassung der Vollziehung (§ 1041 der Zivilprozeßordnung).

(2) Ist in einem Verfahren nach § 620 Satz 1 Nr. 4 und 6, § 641d oder § 644 der Zivilprozeßordnung die Unterhaltspflicht zu regeln, so wird der Wert nach dem sechsmonatigen Bezug berechnet. Im Verfahren nach § 620 Satz 1 Nr. 7 der Zivilprozeßordnung bestimmt sich der Wert, soweit die Benutzung der Ehewohnung zu regeln ist, nach dem dreimonatigen Mietwert, soweit die Benutzung des Hausrats zu regeln ist, nach § 3 der Zivilprozeßordnung.

(3) Im Verfahren über einen Antrag auf Erlaß, Abänderung oder Aufhebung einer einstweiligen Anordnung nach § 123 der Verwaltungsgerichtsordnung oder § 114 der Finanzgerichtsordnung und in Verfahren nach § 47 Abs. 8, § 80 Abs. 5 bis 8, § 80a Abs. 3 der Verwaltungsgerichtsordnung oder § 69 Abs. 3, 5 der Finanzgerichtsordnung bestimmt sich der Wert nach § 13 Abs. 1.

(4) In Verfahren nach § 319 Abs. 6 des Aktiengesetzes oder § 16 Abs. 3 des Umwandlungsgesetzes bestimmt sich der Wert nach § 3 der Zivilprozeßordnung. Er darf jedoch ein Zehntel des Grundkapitals oder Stammkapitals des übertragenden oder formwechselnden Rechtsträgers oder, falls der übertragende oder formwechselnde Rechtsträger ein Grundkapital oder Stammkapital nicht hat, ein Zehntel des Vermögens dieses Rechtsträgers, höchstens jedoch eine Million Deutsche Mark nur insoweit übersteigen, als die Bedeutung der Sache für die Parteien höher zu bewerten ist.

GKG § 21 Teile des Streitgegenstands

(1) Für Handlungen, die einen Teil des Streitgegenstands betreffen, sind die Gebühren nur nach dem Wert dieses Teils zu berechnen.

(2) Sind von einzelnen Wertteilen in derselben Instanz für gleiche Handlungen Gebühren zu berechnen, so darf nicht mehr erhoben werden, als wenn die Gebühr von dem Gesamtbetrag der Wertteile zu berechnen wäre.

(3) Sind für Teile des Gegenstands verschiedene Gebührensätze anzuwenden, so sind die Gebühren für die Teile gesondert zu berechnen; die aus dem Gesamtbetrag der Wertteile nach dem höchsten Gebührensatz berechnete Gebühr darf jedoch nicht überschritten werden.

GKG § 22 Nebenforderungen

(1) Bei Handlungen, die außer dem Hauptanspruch auch Früchte, Nutzungen, Zinsen oder Kosten als Nebenforderungen betreffen, wird der Wert der Nebenforderung nicht berücksichtigt.

(2) Bei Handlungen, die Früchte, Nutzungen, Zinsen oder Kosten als Nebenforderungen ohne den Hauptanspruch betreffen, ist der Wert der Nebenforderungen maßgebend, soweit er den Wert des Hauptanspruchs nicht übersteigt.

(3) Bei Handlungen, welche die Kosten des Rechtsstreits ohne den Hauptanspruch betreffen, ist der Betrag der Kosten maßgebend, soweit er den Wert des Hauptanspruchs nicht übersteigt.

GKG § 23 Angabe des Wertes

(1) Bei jedem Antrag ist der Wert des Streitgegenstands, sofern dieser nicht in einer bestimmten Geldsumme besteht oder sich aus früheren Anträgen ergibt, und auf Erfordern auch der Wert eines Teils des Streitgegenstands schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle anzugeben.

(2) Die Angabe kann jederzeit berichtigt werden.

GKG § 24 Wertfestsetzung für die Zuständigkeit des Prozeßgerichts oder die Zulässigkeit des Rechtsmittels

Ist der Streitwert für die Entscheidung über die Zuständigkeit des Prozeßgerichts oder die Zulässigkeit des Rechtsmittels festgesetzt, so ist die Festsetzung auch für die Berechnung der Gebühren maßgebend. Die §§ 14 bis 20 bleiben unberührt.

GKG § 25 Wertfestsetzung für die Gerichtsgebühren

(1) Sind Gebühren, die sich nach dem Streitwert richten, im voraus zu zahlen, setzt das Prozeßgericht bei Eingang einer Klage oder eines Antrags den Wert ohne Anhörung der Parteien durch Beschluß vorläufig fest, wenn Gegenstand des Verfahrens nicht eine bestimmte Geldsumme in inländischer Währung ist. Einwendungen gegen die Höhe des festgesetzten Wertes können nur im Verfahren nach § 6 geltend gemacht werden.

(2) Soweit eine Entscheidung nach § 24 Satz 1 nicht ergeht oder nach § 24 Satz 2 nicht bindet, setzt das Prozeßgericht den Wert für die zu erhebenden Gebühren durch Beschluß fest, sobald eine Entscheidung über den gesamten Streitgegenstand ergeht oder sich das Verfahren anderweitig erledigt; in Verfahren vor den Gerichten der Finanzgerichtsbarkeit gilt dies nur dann, wenn ein Beteiligter oder die Staatskasse die Festsetzung beantragt oder das Gericht sie für angemessen erachtet. Die Festsetzung kann von dem Gericht, das sie getroffen hat, und, wenn das Verfahren wegen der Hauptsache oder wegen der Entscheidung über den Streitwert, den Kostenansatz oder die Kostenfestsetzung in der Rechtsmittelinstanz schwebt, von dem Rechtsmittelgericht von Amts wegen geändert werden. Die Änderung ist nur innerhalb von sechs Monaten zulässig, nachdem die Entscheidung in der Hauptsache Rechtskraft erlangt oder das Verfahren sich anderweitig erledigt hat.

(3) Gegen den Beschluß findet die Beschwerde statt, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands einhundert Deutsche Mark übersteigt; § 5 Abs. 2 Satz 3, Abs. 3 Satz 1, Abs. 4 Satz 1, 2 und 5 und Abs. 5 ist entsprechend anzuwenden. Die Beschwerde ist ausgeschlossen, wenn das Rechtsmittelgericht den Beschluß erlassen hat. Sie ist nur zulässig, wenn sie innerhalb der in Absatz 2 Satz 3 bestimmten Frist eingelegt wird; ist der Streitwert später als einen Monat vor Ablauf dieser Frist festgesetzt worden, so kann sie noch innerhalb eines Monats nach Zustellung oder formloser Mitteilung des Festsetzungsbeschlusses eingelegt werden.

(4) Das Verfahren über die Beschwerde ist gebührenfrei. Kosten werden nicht erstattet.

GKG § 26 Schätzung des Wertes

Wird eine Abschätzung durch Sachverständige erforderlich, so ist in dem Beschluß, durch den der Wert festgesetzt wird (§ 25), über die Kosten der Abschätzung zu entscheiden. Diese Kosten können ganz oder teilweise der Partei auferlegt werden, welche die Abschätzung durch Unterlassen der ihr obliegenden Wertangabe, durch

unrichtige Angabe des Wertes, durch unbegründetes Bestreiten des angegebenen Wertes oder durch eine unbegründete Beschwerde veranlaßt hat.

GKG § 27 Einmalige Erhebung der Gebühren

Die Gebühr für das Verfahren im allgemeinen und die Gebühr für eine Entscheidung werden in jeder Instanz hinsichtlich eines jeden Teils des Streitgegenstands nur einmal erhoben.

GKG § 28

-

GKG § 29 Zwangsversteigerung

(1) Bei der Zwangsversteigerung von Grundstücken sind die Gebühren für das Verfahren im allgemeinen und für die Abhaltung des Versteigerungstermins nach dem gemäß § 74a Abs. 5 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung festgesetzten Wert zu berechnen. Ist ein solcher Wert nicht festgesetzt, so ist der Einheitswert maßgebend. Weicht der Gegenstand des Verfahrens vom Gegenstand der Einheitsbewertung wesentlich ab oder hat sich der Wert infolge bestimmter Umstände, die nach dem Feststellungszeitpunkt des Einheitswerts eingetreten sind, wesentlich verändert, oder ist ein Einheitswert noch nicht festgestellt, so ist der nach den Grundsätzen der Einheitsbewertung geschätzte Wert maßgebend. Wird der Einheitswert nicht nachgewiesen, so ist das Finanzamt um Auskunft über die Höhe des Einheitswerts zu ersuchen; § 30 der Abgabenordnung steht der Auskunft nicht entgegen.

(2) Die Gebühr für die Erteilung des Zuschlags bestimmt sich nach dem Gebot ohne Zinsen, für das der Zuschlag erteilt ist, einschließlich des Werts der nach den Versteigerungsbedingungen bestehenbleibenden Rechte zuzüglich des Betrages, in dessen Höhe der Ersteher nach § 114a des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung als aus dem Grundstück befriedigt gilt. Im Falle der Zwangsversteigerung zur Aufhebung einer Gemeinschaft vermindert sich der Wert nach Satz 1 um den Anteil des Erstehers an dem Gegenstand des Verfahrens; bei Gesamthandeigentum ist jeder Mitberechtigter wie ein Eigentümer nach dem Verhältnis seines Anteils anzusehen.

(3) Die Gebühr für das Verteilungsverfahren bestimmt sich nach dem Gebot ohne Zinsen, für das der Zuschlag erteilt ist, einschließlich des Wertes der nach den Versteigerungsbedingungen bestehenbleibenden Rechte. Der Erlös aus einer gesonderten Versteigerung oder sonstigen Verwertung (§ 65 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung) wird hinzugerechnet.

(4) Sind mehrere Gegenstände betroffen, so ist der Gesamtwert maßgebend.

(5) Bei Zuschlägen an verschiedene Ersteher wird die Gebühr für die Erteilung des Zuschlags von jedem Ersteher nach dem Wert der auf ihn entfallenden Gegenstände erhoben. Eine Bietergemeinschaft gilt als ein Ersteher.

GKG § 30 Zwangsverwaltung

Die Gebühr für die Durchführung des Zwangsverwaltungsverfahrens bestimmt sich nach dem Gesamtwert der Einkünfte.

GKG § 31 Schiffe, Schiffsbauwerke, Luftfahrzeuge und grundstücksgleiche Rechte

Die §§ 29 und 30 gelten entsprechend für die Zwangsversteigerung von Schiffen, Schiffsbauwerken und Luftfahrzeugen sowie für die Zwangsversteigerung oder die Zwangsverwaltung von Rechten, die den Vorschriften der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen unterliegen, einschließlich der unbeweglichen Kuxe.

GKG § 32 Zwangsliquidation einer Bahneinheit

Bei der Zwangsliquidation einer Bahneinheit bestimmt sich die Gebühr für das Verfahren nach dem Gesamtwert der Bestandteile der Bahneinheit.

GKG § 33 Zurückverweisung

Wird eine Sache zur anderweitigen Verhandlung an das Gericht der unteren Instanz zurückverwiesen, so bildet das weitere Verfahren mit dem früheren Verfahren vor diesem Gericht im Sinne des § 27 eine Instanz.

GKG § 34 Verzögerung des Rechtsstreits

(1) Wird außer im Fall des § 335 der Zivilprozeßordnung durch Verschulden des Klägers, des Beklagten oder eines Vertreters die Vertagung einer mündlichen Verhandlung oder die Anberaumung eines neuen Termins zur mündlichen Verhandlung nötig oder ist die Erledigung des Rechtsstreits durch nachträgliches Vorbringen von Angriffs- oder Verteidigungsmitteln, Beweismitteln oder Beweiseinreden, die früher vorgebracht werden konnten, verzögert worden, so kann das Gericht dem Kläger oder dem Beklagten von Amts wegen eine besondere Gebühr in Höhe einer Gebühr auferlegen. Die Gebühr kann bis auf ein Viertel ermäßigt werden. Dem Kläger, dem Beklagten oder dem Vertreter stehen gleich der Nebenintervenient, der Beigeladene, der Oberbundesanwalt und der Vertreter des öffentlichen Interesses sowie ihre Vertreter.

(2) Gegen den Beschluß findet die Beschwerde statt, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands einhundert Deutsche Mark übersteigt. § 5 Abs. 2 Satz 2 und 3, Abs. 3 Satz 1 und 3, Abs. 4 Satz 1, 2 und 5 sowie Abs. 5 und 6 ist entsprechend anzuwenden.

Dritter Abschnitt Insolvenzverfahren, schiffahrtsrechtliches Verteilungsverfahren

GKG § 35 Entsprechend anzuwendende Vorschriften

Für die Gebühren im Insolvenzverfahren und im schiffahrtsrechtlichen Verteilungsverfahren gelten die §§ 22, 23, 25, 26 dieses Gesetzes und § 3 der Zivilprozeßordnung entsprechend.

GKG § 36 Wertberechnung

-

GKG § 37 Wertberechnung

(1) Die Gebühren für den Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens und für die Durchführung des Insolvenzverfahrens werden nach dem Wert der Insolvenzmasse zur Zeit der Beendigung des Verfahrens erhoben. Gegenstände, die zur abgesonderten Befriedigung dienen, werden nur in Höhe des für diese nicht erforderlichen Betrags angesetzt.

(2) Ist der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens von einem Gläubiger gestellt, so wird die Gebühr für das Verfahren über den Antrag nach dem Betrag seiner Forderung, wenn jedoch der Wert der Insolvenzmasse geringer ist, nach diesem Wert erhoben.

GKG § 38 Beschwerden

Bei der Beschwerde des Schuldners gegen die Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder gegen die Abweisung des Eröffnungsantrags mangels Masse gilt § 37 Abs. 1. Bei der Beschwerde eines sonstigen Antragstellers gegen die Abweisung des Eröffnungsantrags gilt § 37 Abs. 2.

GKG § 39 Schiffahrtsrechtliches Verteilungsverfahren

Die Gebühren für den Antrag auf Eröffnung des schiffahrtsrechtlichen Verteilungsverfahrens und für die Durchführung des Verteilungsverfahrens richten sich nach dem Betrag der festgesetzten Haftungssumme. Ist diese höher als der Gesamtbetrag der Ansprüche, für deren Gläubiger das Recht auf Teilnahme an dem Verteilungsverfahren festgestellt wird, so richten sich die Gebühren nach dem Gesamtbetrag der Ansprüche.

Vierter Abschnitt Strafsachen

GKG § 40 Grundlage der Gebührenbemessung

- (1) In Strafsachen bemessen sich die Gerichtsgebühren für alle Rechtszüge nach der rechtskräftig erkannten Strafe.
- (2) Ist neben einer Freiheitsstrafe auf Geldstrafe erkannt, so ist die Zahl der Tagessätze der Dauer der Freiheitsstrafe hinzuzurechnen; dabei entsprechen dreißig Tagessätze einem Monat Freiheitsstrafe.
- (3) Ist auf Verwarnung mit Strafvorbehalt erkannt, so bestimmt sich die Gebühr nach der vorbehaltenen Geldstrafe.
- (4) Eine Gebühr wird für alle Rechtszüge auch bei rechtskräftiger Anordnung einer Maßregel der Besserung und Sicherung erhoben. Ist die Maßregel neben einer Strafe angeordnet worden, so wird die Gebühr gesondert berechnet.
- (5) Wird im Strafverfahren oder im selbständigen Verfahren nach den §§ 440, 441 der Strafprozeßordnung die Einziehung, der Verfall, die Vernichtung, die Unbrauchbarmachung oder die Abführung des Mehrerlöses angeordnet, so wird wegen der Anordnung einer dieser Rechtsfolgen eine Gebühr nur für das gegen dieses Erkenntnis gerichtete Rechtsmittel- oder Wiederaufnahmeverfahren erhoben. Wird im Nachverfahren (§ 439 der Strafprozeßordnung) der Antrag verworfen, so gilt Satz 1 entsprechend.

GKG § 40a Beschränkung eines Rechtsmittels oder des Einspruchs gegen einen Strafbefehl

- (1) Wird bei Verurteilung wegen selbständiger Taten ein Rechtsmittel auf einzelne Taten beschränkt, so bemißt sich die Gebühr für das Rechtsmittelverfahren nach der Strafe für diejenige Tat, die Gegenstand des Rechtsmittelverfahrens ist. Bei Gesamtstrafen ist die Summe der angefochtenen Einzelstrafen maßgebend. Ist die Gesamtstrafe, auch unter Einbeziehung der früher erkannten Strafe, geringer, so ist diese maßgebend.
- (2) Wird das Rechtsmittel auf die Anordnung einer Maßregel der Besserung und Sicherung beschränkt, so wird die Gebühr für das Rechtsmittelverfahren nur wegen der Anordnung erhoben.
- (3) Die Absätze 1 und 2 gelten für das weitere Verfahren nach Einspruch gegen einen Strafbefehl entsprechend.

GKG § 41 Nachträgliche Bildung einer Gesamtstrafe oder einer Einheitsstrafe

- (1) Wird auf Grund des § 55 Abs. 1 des Strafgesetzbuchs eine Gesamtstrafe gebildet, so bemißt sich die Gebühr für das neue Verfahren nach dem Betrag, um den die Gesamtstrafe die früher erkannte Strafe übersteigt. Dies gilt entsprechend, wenn ein Urteil, in dem auf Jugendstrafe erkannt ist, nach § 31 Abs. 2 des Jugendgerichtsgesetzes in ein neues Urteil einbezogen wird.
- (2) In den Fällen des § 460 der Strafprozeßordnung und des § 66 des Jugendgerichtsgesetzes verbleibt es bei den Gebühren für die früheren Verfahren.

GKG § 42 Mehrere Angeschuldigte

- (1) Betrifft eine Strafsache mehrere Angeschuldigte, so ist die Gebühr von jedem gesondert nach Maßgabe der gegen ihn erkannten Strafe oder angeordneten Maßregel der Besserung und Sicherung zu erheben. Wird in einer Strafsache gegen einen oder mehrere Angeschuldigte auch eine Geldbuße gegen eine juristische Person oder eine Personenvereinigung festgesetzt, so ist eine Gebühr auch von der juristischen Person oder Personenvereinigung nach Maßgabe der gegen sie festgesetzten Geldbuße zu erheben.
- (2) Wird wegen derselben Tat eine der in § 40 Abs. 5 bezeichneten Nebenfolgen angeordnet, so wird nur eine Gebühr erhoben. § 58 bleibt unberührt.

GKG § 43 Wiederaufnahme des Verfahrens

Wird nach Anordnung der Wiederaufnahme des Verfahrens (§ 370 Abs. 2 der Strafprozeßordnung) das frühere Urteil aufgehoben, so gilt für die Gebührenerhebung das neue Verfahren mit dem früheren Verfahren zusammen als ein Rechtszug. Dies gilt auch für das Wiederaufnahmeverfahren, das sich gegen einen Strafbefehl richtet (§ 373a der Strafprozeßordnung).

GKG § 44 Zurücknahme des Strafantrags

Das Gericht kann die Gebühr, die regelmäßig zu erheben ist, wenn das Verfahren nach Eröffnung des Hauptverfahrens infolge Zurücknahme des Antrags, durch den es bedingt war, eingestellt wird, herabsetzen oder beschließen, daß von der Erhebung einer Gebühr abgesehen wird.

GKG § 45 Verurteilung im Privatklageverfahren

Für das Verfahren auf erhobene Privatklage gelten, wenn der Beschuldigte zu einer Strafe verurteilt wird, die §§ 40 bis 43.

GKG § 46 Wiederaufnahme eines Privatklageverfahrens

Wird die Wiederaufnahme eines Privatklageverfahrens auf Antrag des Privatklägers angeordnet, so ist, sofern auf eine höhere Strafe erkannt wird, § 43 Satz 1 anzuwenden.

GKG § 47 Vollstreckung in das Vermögen

Für das Verfahren zur Vollstreckung einer Entscheidung über einen aus der Straftat erwachsenen vermögensrechtlichen Anspruch oder über Erstattung von Kosten (§§ 406b, 464b der Strafprozeßordnung) werden Gebühren nach den Vorschriften für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten gesondert erhoben.

Fünfter Abschnitt Gerichtliche Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten

GKG § 48

Für das gerichtliche Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten gelten § 40 Abs. 1 und 5, §§ 40a, 42, 43 und 47 sinngemäß.

Sechster Abschnitt Gerichtliche Verfahren nach dem Strafvollzugsgesetz

GKG § 48a

In gerichtlichen Verfahren nach dem Strafvollzugsgesetz gelten die §§ 13, 20 Abs. 3, § 25 Abs. 2 Satz 2 und 3, Abs. 3 und 4 entsprechend. Der Wert ist von Amts wegen festzusetzen.

Siebenter Abschnitt Kostenzahlung und Kostenvorschuß

GKG § 49 Kostenschuldner in Streitverfahren

In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, in Verfahren nach § 1 Abs. 2 und 3 und in Verfahren vor den Gerichten der Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit ist Schuldner der Kosten derjenige, der das Verfahren der Instanz beantragt hat. In dem Verfahren, das gemäß § 700 Abs. 3 der Zivilprozeßordnung dem Mahnverfahren folgt, ist Schuldner der Kosten nach Satz 1, wer den Vollstreckungsbescheid beantragt hat.

GKG § 50 Kostenschuldner im Insolvenzverfahren

(1) Im Insolvenzverfahren ist der Antragsteller Schuldner der Gebühr für das Verfahren über den Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Wird der Antrag abgewiesen oder zurückgenommen, so ist der Antragsteller auch Schuldner der in dem Verfahren entstandenen Auslagen.

(2) Der Insolvenzgläubiger, der die Versagung oder den Widerruf der Restschuldbefreiung beantragt, ist Schuldner der Kosten.

(3) Im übrigen ist Schuldner der Gebühren und Auslagen der Schuldner des Insolvenzverfahrens.

GKG § 51

-

GKG § 52 Kostenschuldner im schiffahrtsrechtlichen Verteilungsverfahren

Im schiffahrtsrechtlichen Verteilungsverfahren ist Schuldner der Kosten der Antragsteller.

GKG § 53 Kostenschuldner im Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren

(1) Im Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren sowie im Verfahren der Zwangsliquidation einer Bahneinheit ist vorbehaltlich des Absatzes 2 Schuldner der Kosten der Antragsteller, soweit die Kosten nicht dem Erlös entnommen werden können. In Beschwerdeverfahren ist Schuldner der Kosten der Beschwerdeführer.

(2) Schuldner der Kosten für die Erteilung des Zuschlags ist, vorbehaltlich des § 54 Nr. 3, nur der Ersteher. Im Falle der Abtretung der Rechte aus dem Meistgebot oder der Erklärung, für einen Dritten geboten zu haben (§ 81 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung), haften der Ersteher und der Meistbietende als Gesamtschuldner.

GKG § 54 Sonstige Kostenschuldner

Kostenschuldner ist ferner

1. derjenige, dem durch gerichtliche oder staatsanwaltschaftliche Entscheidung die Kosten des Verfahrens auferlegt sind;
2. derjenige, der sie durch eine vor Gericht abgegebene oder dem Gericht mitgeteilte Erklärung oder in einem vor Gericht abgeschlossenen oder dem Gericht mitgeteilten Vergleich übernommen hat;
dies gilt auch, wenn bei einem Vergleich ohne Bestimmung über die Kosten diese als von beiden Teilen je zur Hälfte übernommen anzusehen sind;
3. derjenige, der für die Kostenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet;
4. der Vollstreckungsschuldner für die notwendigen Kosten der Zwangsvollstreckung.

GKG § 55 Auslagenschuldner in besonderen Fällen

Der Betroffene, der im gerichtlichen Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten den Einspruch gegen einen Bußgeldbescheid zurücknimmt, ist Schuldner der entstandenen Auslagen.

GKG § 56 Schuldner der Schreibauslagen und bestimmter sonstiger Auslagen

(1) Schuldner der Schreibauslagen ist ferner derjenige, der die Erteilung der Ausfertigungen und Abschriften beantragt hat. Sind Abschriften angefertigt worden, weil die Partei oder der Beteiligte es unterlassen hat, einem von Amts wegen zuzustellenden Schriftsatz die erforderliche Zahl von Abschriften beizufügen, so ist Schuldner der Schreibauslagen nur die Partei oder der Beteiligte.

(2) Schuldner der Auslagen für die Versendung von Akten ist nur derjenige, der die Versendung beantragt hat.

GKG § 57 Erlöschen der Zahlungspflicht

Die durch gerichtliche oder staatsanwaltschaftliche Entscheidung begründete Verpflichtung zur Zahlung von Kosten erlischt, soweit die Entscheidung durch eine andere gerichtliche Entscheidung aufgehoben oder abgeändert wird. Soweit die Verpflichtung zur Zahlung von Kosten nur auf der aufgehobenen oder abgeänderten Entscheidung beruht hat, werden bereits gezahlte Kosten zurückerstattet.

GKG § 58 Mehrere Kostenschuldner

(1) Mehrere Kostenschuldner haften als Gesamtschuldner.

(2) Soweit ein Kostenschuldner auf Grund von § 54 Nr. 1 oder 2 haftet, soll die Haftung eines anderen Kostenschuldners nur geltend gemacht werden, wenn eine Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen des ersteren erfolglos geblieben ist oder aussichtslos erscheint. Soweit einem Kostenschuldner, der auf Grund von § 54 Nr. 1 haftet, die Prozeßkostenhilfe bewilligt oder ein Betrag für die Reise zum Ort einer Verhandlung, Vernehmung oder Untersuchung und für die Rückreise gewährt worden ist, soll die Haftung eines anderen Kostenschuldners nicht geltend gemacht werden.

GKG § 59 Haftung von Streitgenossen und Beigeladenen

(1) Streitgenossen haften als Gesamtschuldner, wenn die Kosten nicht durch gerichtliche Entscheidung unter sie verteilt sind. Soweit einen Streitgenossen nur Teile des Streitgegenstandes betreffen, beschränkt sich seine Haftung als Gesamtschuldner auf den Betrag, der entstanden wäre, wenn das Verfahren nur diese Teile betroffen hätte.

(2) Absatz 1 gilt auch für mehrere Beigeladene, denen Kosten auferlegt worden sind.

GKG § 60 Verpflichtung zur Zahlung von Kosten in besonderen Fällen

Die nach den §§ 53 bis 55, 177, 209 und 269 der Insolvenzordnung sowie den §§ 466 und 471 Abs. 4 der Strafprozeßordnung begründete Verpflichtung zur Zahlung von Kosten besteht auch gegenüber der Staatskasse.

GKG § 61 Fälligkeit der Gebühren

In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten einschließlich der Familiensachen nach § 621 Abs. 1 Nr. 4, 5, 8 und 11 der Zivilprozeßordnung sowie § 621 Abs. 1 Nr. 10 der Zivilprozeßordnung mit Ausnahme der Verfahren nach § 1600e Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, im Insolvenzverfahren, im schiffahrtsrechtlichen Verteilungsverfahren wird die Gebühr mit der Einreichung der Klage-, Antrags-, Einspruchs- oder Rechtsmittelschrift oder mit der Abgabe der entsprechenden Erklärung zu Protokoll fällig; soweit die Gebühr eine Entscheidung oder sonstige gerichtliche Handlung voraussetzt, wird sie mit dieser fällig.

GKG § 62 Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung

(1) Die Gebühren für die Entscheidung über den Antrag auf Anordnung der Zwangsversteigerung und über den Beitritt werden mit der Entscheidung fällig. Die Gebühr für die Erteilung des Zuschlags wird mit dessen Verkündung, und, wenn der Zuschlag von dem Beschwerdegericht erteilt wird, mit der Zustellung des Beschlusses an den Ersteher fällig. Im übrigen werden die Gebühren im ersten Rechtszug im Verteilungstermin und, wenn das Verfahren vorher aufgehoben wird, mit der Aufhebung fällig.

(2) Absatz 1 Satz 1 gilt im Verfahren der Zwangsverwaltung entsprechend; im übrigen werden die Gebühren mit der Aufhebung des Verfahrens und, wenn es länger als ein Jahr dauert, am Ende eines jeden Jahres fällig.

GKG § 63 Fälligkeit der Gebühren in sonstigen Fällen, Fälligkeit der Auslagen

(1) Im übrigen werden die Gebühren sowie die Auslagen fällig, sobald eine unbedingte Entscheidung über die Kosten ergangen ist oder das Verfahren oder die Instanz durch Vergleich, Zurücknahme oder anderweitige Erledigung beendet ist.

(2) In Strafsachen werden die Kosten, die dem verurteilten Beschuldigten zur Last fallen, erst mit der Rechtskraft des Urteils fällig. Satz 1 gilt in gerichtlichen Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten entsprechend.

GKG § 64 Fälligkeit der Schreibauslagen und bestimmter sonstiger Auslagen

(1) Schreibauslagen und Auslagen für die Versendung von Akten werden sofort nach ihrer Entstehung fällig. Sie können bei der Stelle angesetzt werden, bei der sie entstanden sind.

(2) Die Erteilung oder Anfertigung der auf Antrag zu erteilenden Ausfertigungen und Abschriften sowie die Versendung von Akten können von der vorherigen Zahlung eines die Auslagen deckenden Betrages abhängig gemacht werden. § 5 gilt entsprechend.

GKG § 65 Vorauszahlung und Vorschuß in Verfahren vor den ordentlichen Gerichten

(1) In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten soll die Klage erst nach Zahlung der erfordernten Gebühr für das Verfahren im allgemeinen zugestellt werden. Im Mahnverfahren soll auf Antrag des Antragstellers nach Erhebung des Widerspruchs die Sache an das für das streitige Verfahren als zuständig bezeichnete Gericht erst abgegeben werden, wenn die erfordernte Gebühr für das Verfahren im allgemeinen gezahlt ist; dies gilt entsprechend für das Verfahren nach Erlass eines Vollstreckungsbescheids unter Vorbehalt der Ausführung der Rechte des Beklagten. Wird der Klageantrag erweitert, so soll vor Zahlung der erfordernten Gebühr für das Verfahren im allgemeinen keine gerichtliche Handlung vorgenommen werden; dies gilt auch in der Rechtsmittelinstanz. Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht für die Widerklage.

(2) Absatz 1 gilt nicht für Scheidungsfolgesachen, für Familiensachen des § 621 Abs. 1 Nr. 9 der Zivilprozeßordnung sowie für Rechtsstreitigkeiten über Erfindungen eines Arbeitnehmers, soweit nach § 39 des Gesetzes über Arbeitnehmererfindungen die für Patentstreitsachen zuständigen Gerichte ausschließlich zuständig sind.

(3) Sofern im Klageverfahren Absatz 1 Satz 1 Anwendung findet, soll auch der Mahnbescheid erst nach Zahlung der dafür vorgesehenen Gebühr erlassen werden. Wird der Mahnbescheid maschinell erstellt, so gilt Satz 1 erst für den Erlass des Vollstreckungsbescheids.

(4) Über den Antrag auf Erteilung der Abschrift eines mit eidesstattlicher Versicherung abgegebenen Vermögensverzeichnisses oder den Antrag auf Gewährung der Einsicht in dieses Schriftstück soll erst nach Zahlung der dafür vorgesehenen Gebühr entschieden werden.

(5) Über Anträge auf gerichtliche Handlungen der Zwangsvollstreckung gemäß § 829 Abs. 1, §§ 835, 839, 846 bis 848, 857, 858 oder 886 der Zivilprozeßordnung soll erst nach Zahlung der Gebühr für das Verfahren und der Auslagen für die Zustellung entschieden werden.

(6) Über den Antrag auf Eröffnung des schiffahrtsrechtlichen Verteilungsverfahrens soll erst nach Zahlung der dafür vorgesehenen Gebühr und der Auslagen für die öffentliche Bekanntmachung entschieden werden.

(7) Die Absätze 1, 4 bis 6 gelten nicht,

1. soweit dem Antragsteller die Prozeßkostenhilfe bewilligt ist,
2. wenn dem Antragsteller Gebührenfreiheit zusteht,
3. wenn glaubhaft gemacht wird, daß dem Antragsteller die alsbaldige Zahlung der Kosten mit Rücksicht auf seine Vermögenslage oder aus sonstigen Gründen Schwierigkeiten bereiten würde,
4. wenn glaubhaft gemacht wird, daß eine Verzögerung dem Antragsteller einen nicht oder nur schwer zu ersetzenden Schaden bringen würde; zur Glaubhaftmachung genügt in diesem Fall die Erklärung des zum Prozeßbevollmächtigten bestellten Rechtsanwalts.

In den Fällen der Nummern 3 und 4 ist nicht von der Vorauszahlung oder der Vorschußzahlung zu befreien, wenn die beabsichtigte Rechtsverfolgung aussichtslos oder mutwillig erscheint. Absatz 3 gilt nicht, soweit dem Antragsteller die Prozeßkostenhilfe bewilligt oder Gebührenfreiheit zusteht.

GKG § 66 Vorschuß im Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren

(1) Im Zwangsversteigerungsverfahren ist spätestens bei der Bestimmung des Zwangsversteigerungstermins ein Vorschuß in Höhe des Doppelten einer Gebühr für die Abhaltung des Versteigerungstermins zu erheben.

(2) Im Zwangsverwaltungsverfahren hat der Antragsteller jährlich einen angemessenen Gebührenvorschuß zu zahlen.

GKG § 67 Vorschuß in Strafsachen

(1) In Strafsachen hat der Privatkläger oder derjenige, der als Privatkläger oder Nebenkläger eine Berufung oder Revision einlegt oder eine Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt, einen Gebührenvorschuß in Höhe der Hälfte der bei Freispruch oder Straffreierklärung des Beschuldigten im Privatklageverfahren zu erhebenden Gebühr für die Instanz zu zahlen. Der Widerkläger ist zur Zahlung eines Gebührenvorschlusses nicht verpflichtet.

(2) Wer als Privatkläger das Verfahren nach den §§ 440, 441 der Strafprozeßordnung betreibt oder als Privatkläger oder Nebenkläger in einem solchen Verfahren ein Rechtsmittel einlegt oder die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt, hat gleichfalls den in Absatz 1 bestimmten Gebührenvorschuß zu zahlen.

GKG § 68 Auslagenvorschuß

(1) Wird die Vornahme einer Handlung, mit der Auslagen verbunden sind, beantragt, so hat derjenige, der die Handlung beantragt hat, einen zur Deckung der Auslagen hinreichenden Vorschuß zu zahlen. Das Gericht soll die Vornahme der Handlung von der vorherigen Zahlung des Vorschusses abhängig machen. Dies gilt nicht für die Anordnung einer Haft.

(2) Die Vorschußpflicht nach Absatz 1 besteht in Strafsachen nur für den Privatkläger, den Widerkläger sowie für den Nebenkläger, der Berufung oder Revision eingelegt hat.

(3) Bei Handlungen, die von Amts wegen vorgenommen werden, kann ein Vorschuß zur Deckung der Auslagen erhoben werden. Dies gilt nicht in Strafsachen und in gerichtlichen Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten.

GKG § 69 Fortdauer der Vorschußpflicht

Die Verpflichtung zur Zahlung der vorzuschießenden Beträge bleibt bestehen, auch wenn die Kosten des Verfahrens einem anderen auferlegt oder von einem anderen übernommen sind. § 58 Abs. 2 gilt entsprechend.

Achter Abschnitt Schluß- und Übergangs*-vorschriften

GKG § 70 Forst- und Feldrügésachen

Die Vorschriften dieses Gesetzes gelten für das gerichtliche Verfahren in Forst- und Feldrügésachen entsprechend.

GKG § 71 Anwendung anderer Kostenvorschriften

Andere bundesrechtliche Kostenvorschriften bleiben unberührt.

GKG § 72 Rechnungsgebühren

(1) Soweit in den Ländern noch für Rechnungsarbeiten Beamte oder Angestellte besonders bestellt werden (Rechnungsbeamte), sind als Auslagen Rechnungsgebühren zu erheben, die nach dem für die Arbeit erforderlichen Zeitaufwand bemessen werden. Sie betragen 20 Deutsche Mark für die Stunde; die letzte, bereits begonnene Stunde wird voll gerechnet.

(2) Die Rechnungsgebühren setzt das Gericht, das den Rechnungsbeamten beauftragt hat, von Amts wegen fest. Gegen die Festsetzung findet die Beschwerde statt; § 5 Abs. 2 bis 6 gilt entsprechend. Beschwerdeberechtigt sind die Staatskasse und derjenige, der für die Rechnungsgebühren als Kostenschuldner in Anspruch genommen wird.

GKG § 73 Übergangsvorschrift

(1) In Rechtsstreitigkeiten, die vor dem Inkrafttreten einer Gesetzesänderung anhängig geworden sind, werden die Kosten nach bisherigem Recht erhoben. Dies gilt nicht im Verfahren über ein Rechtsmittel, das nach dem Inkrafttreten einer Gesetzesänderung eingelegt worden ist. Die Sätze 1 und 2 gelten auch, wenn Vorschriften geändert werden, auf die dieses Gesetz verweist.

(2) In Strafsachen, in gerichtlichen Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten und nach dem Strafvollzugsgesetz werden die Kosten nach dem bisherigen Recht erhoben, wenn die über die Kosten ergehende Entscheidung vor dem Inkrafttreten einer Gesetzesänderung rechtskräftig geworden ist.

(3) In Insolvenzverfahren, schiffahrtsrechtlichen Verteilungsverfahren und Verfahren der Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung gilt das bisherige Recht für Kosten, die vor dem Inkrafttreten einer Gesetzesänderung fällig geworden sind.

GKG Anlage 1 (zu § 11 Abs. 1) Kostenverzeichnis

(Fundstelle des Originaltextes: BGBl. I 1994, 1329 - 1348,
bzgl. der einzelnen Änderungen vgl. Fußnote)

Gliederung

Teil 1

Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, Familiensachen

(§ 1 Abs. 2) und Beschwerdeverfahren nach dem Gesetz gegen

Wettbewerbsbeschränkungen vor den ordentlichen Gerichten außer

Verfahren der Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung

I. Mahnverfahren

II. Prozeßverfahren

III. Verfahren über Anträge auf Anordnung eines Arrestes oder einer einstweiligen Verfügung sowie deren Aufhebung oder Abänderung in den Fällen des § 926 Abs. 2 und der §§ 927, 936 ZPO

- IV. Erstinstanzliche Verfahren über Anträge auf Vollstreckbarerklärung ausländischer Schuldtitel und ähnliche Verfahren
- V. Verfahren in Ehesachen und Folgesachen von Scheidungssachen
- VI. Besondere Verfahren, Vergleich, Zustellungersuchen, Verzögerung des Rechtsstreits
- VII. Einstweilige Anordnungen
- VIII. Vereinfachte Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger
- IX. Beschwerdeverfahren

Teil 2

Verfahren vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit

- I. Prozeßverfahren
- II. Einstweilige Anordnungen, Verfahren nach § 80 Abs. 5, § 80a Abs. 3 VwGO
- III. Selbständige Beweisverfahren, Vergleich, Verzögerung des Rechtsstreits
- IV. Zwangsvollstreckungsverfahren
- V. Verfahren über den Antrag auf Zulassung der Beschwerde, Beschwerdeverfahren

Teil 3

Verfahren vor den Gerichten der Finanzgerichtsbarkeit

- I. Prozeßverfahren
- II. Einstweilige Anordnungen, Verfahren nach § 69 Abs. 3, 5 FGO
- III. Selbständige Beweisverfahren, Verzögerung des Rechtsstreits
- IV. Beschwerdeverfahren

Teil 4

Insolvenzverfahren; Schiffahrtsrechtliche Verteilungsverfahren

- I. Insolvenzverfahren
- II. Schiffahrtsrechtliche Verteilungsverfahren
- III. Beschwerdeverfahren

Teil 5

Verfahren nach dem Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung; Zwangsliquidation einer Bahneinheit

- I. Zwangsversteigerung
- II. Zwangsverwaltung
- III. Zwangsliquidation einer Bahneinheit
- IV. Beschwerdeverfahren

Teil 6

Strafsachen

- I. Officialverfahren mit rechtskräftiger Verurteilung zu einer Strafe, Verwarnung mit Strafvorbehalt oder Anordnung einer Maßregel der Besserung und Sicherung
- II. Wiederaufnahme eines rechtskräftig mit Verurteilung zu einer Strafe, Verwarnung mit Strafvorbehalt oder Anordnung einer Maßregel der Besserung und Sicherung abgeschlossenen Verfahrens
- III. Einziehung und verwandte Maßnahmen

IV. Klageerzwingungsverfahren, unwahre Anzeige und
Zurücknahme des Strafantrags

V. Privatklageverfahren

VI. Nebenklage

VII. Beschwerdeverfahren

VIII. Entschädigungsverfahren

Teil 7

Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten

I. Bußgeldverfahren oder Strafverfahren mit rechtskräftiger
Festsetzung einer Geldbuße

II. Verfahren nach Einspruch ohne Sachentscheidung

III. Wiederaufnahme des Bußgeldverfahrens oder des
Strafverfahrens, soweit gegen den Betroffenen oder den
Beschuldigten eine Geldbuße festgesetzt worden ist

IV. Berufung, Rechtsbeschwerde, Revision und Wiederaufnahme
betreffend
- die Einbeziehung, den Verfall, die Unbrauchbarmachung
oder die Abführung des Mehrerlöses neben einer Geldbuße
oder selbständig;
- die Verwerfung eines Antrags nach § 439 StPO i.V.m.
§ 46 Abs. 1 OWiG

V. Unwahre Anzeige

VI. Beschwerdeverfahren

VII. Verfahren mit abschließender Entscheidung im Falle des
§ 25a Abs. 1 des Straßenverkehrsgesetzes

Teil 8

Gerichtliche Verfahren nach dem Strafvollzugsgesetz

Teil 9

Auslagen

I I I Gebührenbetrag I

I I I oder Satz der I

I Nr. I Gebührentatbestand I Gebühr nach I

I I I § 11 Abs. 2 GKG I

I-----I

I Teil 1 I

I Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, Familiensachen (§ 1 Abs. 2) I

I und Beschwerdeverfahren nach dem Gesetz gegen Wettbewerbs- I

I beschränkung vor den ordentlichen Gerichten außer Verfahren I

I der Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung I

I I

I Für ein Versäumnisurteil gegen die säumige Partei, ein I

I Anerkenntnisurteil und ein Verzichtsurteil wird eine Urteilsgebühr I

I nicht erhoben I

I I

I I. Mahnverfahren I

I 1100 I Verfahren über den Antrag auf Erlaß eines I I

I I Mahnbescheids I 0,5 I

I I I I	
I II. Prozeßverfahren I	
I 1. Prozeßverfahren erster Instanz I	
I 1201 I Verfahren im allgemeinen I 3,0 I	
I I Soweit wegen desselben Streitgegenstandes I I	
I I ein Mahnverfahren I I	
I I vorausgegangen ist, wird eine Gebühr 1100 I I	
I I nach dem Wert des Streitgegenstandes I I	
I I angerechnet, der in das Prozeßverfahren I I	
I I übergegangen ist. Bei einer Klage nach I I	
I I § 656 ZPO wird die Gebühr 1801 angerechnet. I I	
I 1202 I Beendigung des gesamten Verfahrens durch I I	
I I a) Zurücknahme der Klage I I	
I I - vor dem Schluß der mündlichen I I	
I I Verhandlung, I I	
I I - in den Fällen des § 128 Abs. 2 und 3 I I	
I I ZPO vor dem Zeitpunkt, der dem Schluß I I	
I I der mündlichen Verhandlung entspricht, I I	
I I - im Verfahren nach § 495a ZPO, in dem I I	
I I eine mündliche Verhandlung nicht I I	
I I stattfindet, vor Ablauf des Tages, an I I	
I I dem die Ladung zum Termin zur I I	
I I Verkündung des Urteils zugestellt oder I I	
I I das schriftliche Urteil der I I	
I I Geschäftsstelle übergeben wird, I I	
I I - im Falle des § 331 Abs. 3 ZPO vor I I	
I I Ablauf des Tages, an dem das Urteil I I	
I I der Geschäftsstelle übergeben wird, I I	
I I b) Anerkenntnis- und Verzichtsurteil, I I	
I I c) Abschluß eines Vergleichs vor Gericht, I I	
I I wenn nicht bereits ein Urteil I I	
I I vorausgegangen ist: I I	
I I Die Gebühr 1201 ermäßigt sich auf I 1,0 I	
I I Die Zurücknahme des Antrags auf I I	
I I Durchführung des streitigen Verfahrens, des I I	
I I Widerspruchs gegen den Mahnbescheid oder I I	
I I des Einspruchs gegen den Vollstreckungs- I I	
I I bescheid stehen der Zurücknahme der Klage I I	
I I gleich. Erledigungserklärungen nach § 91a I I	
I I ZPO stehen der Zurücknahme nicht gleich. I I	
I I Die Ermäßigung tritt auch ein, wenn mehrere I I	
I I Ermäßigungstatbestände erfüllt sind. I I	
I I I I	
I 2. Berufungsverfahren, Beschwerden nach § 621a Abs. 2 Satz 2 i.V.m. I	
I § 629a Abs. 2 und § 621e Abs. 1 ZPO, §§ 62 und 126 GWB I	
I Dieser Abschnitt gilt auch in Berufungsverfahren nach Verfahren der I	
I in den Abschnitten IV 1 und 3 bezeichneten Art. I	
I 1220 I Verfahren im allgemeinen I 1,5 I	
I 1221 I Zurücknahme der Berufung, der Beschwerde, I I	

I I der Klage oder des Antrags vor Ablauf des I I
I I Tages, an dem entweder ein Beweisbeschuß I I
I I unterschrieben oder ein Termin zur I I
I I mündlichen Verhandlung unterschriftlich I I
I I bestimmt ist; Erledigungserklärungen nach I I
I I § 91a ZPO stehen der Zurücknahme nicht I I
I I gleich: I I
I I Die Gebühr 1220 ermäßigt sich auf I 0,5 I
I 1222 I Entscheidung über einen Antrag nach § 125 I I
I I Abs. 2 Satz 2 und 3, § 128 Abs. 1 Satz 3 I I
I I oder nach § 131 GWB I 3,0 I
I 1223 I Grundurteil (§ 304 ZPO), Vorbehaltsurteil I I
I I (§§ 302, 599 ZPO) I 1,5 I
I I I I
I Urteil, das die Instanz abschließt, soweit die Gebühr 1223 I
I entstanden ist; Beschluß, der die Instanz abschließt, in I
I den Verfahren über Beschwerden nach § 126 GWB, wenn die I
I Gebühr 1222 entstanden ist I
I 1224 I Urteil enthält eine Begründung; Beschluß .. I 1,5 I
I 1225 I Urteil enthält keine Begründung I 0,75 I
I I I I
I Urteil, das die Instanz abschließt, soweit die Gebühr 1223 nicht I
I entstanden ist; Beschluß, der die Instanz abschließt, in den in I
I § 1 Abs. 2 Satz 2 GKG genannten Familiensachen und in den I
I Verfahren über Beschwerden nach den §§ 62 und 126 GWB I
I 1226 I Urteil enthält eine Begründung; Beschluß .. I 3,0 I
I 1227 I Urteil enthält keine Begründung I 1,5 I
I I I I
I Beschluß nach § 91a ZPO, soweit nicht bereits die Gebühr 1224 I
I oder 1226 entstanden ist: I
I 1228 I Beschluß enthält eine schriftliche I I
I I Begründung I 1,5 I
I 1229 I Beschluß enthält keine schriftliche I I
I I Begründung I 0,75 I
I I I I
I 3. Revisionsverfahren, Rechtsbeschwerden nach § 73 GWB I
I 1230 I Verfahren im allgemeinen I 2,0 I
I 1231 I Zurücknahme der Revision oder Klage, bevor I I
I I die Schrift zur Begründung der Revision I I
I I bei Gericht eingegangen ist; I I
I I Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO I I
I I stehen der Zurücknahme nicht gleich: I I
I I Die Gebühr 1230 ermäßigt sich auf I 0,5 I
I I I I
I Urteil, das die Instanz abschließt; Beschluß im Verfahren über I
I Rechtsbeschwerden nach § 73 GWB, der Instanz abschließt: I
I 1236 I Urteil enthält eine Begründung; Beschluß .. I 3,0 I
I 1237 I Urteil enthält keine Begründung I 1,5 I
I I I I

I Beschluß nach § 91a ZPO: I
I 1238 I Beschluß enthält eine schriftliche I I
I I Begründung I 1,5 I
I 1239 I Beschluß enthält keine schriftliche I I
I I Begründung I 0,75 I
I I I I
I 4. Berufungsverfahren vor dem Bundesgerichtshof nach dem Patentgesetz
I (§§ 110 bis 121 PatG) und dem Gebrauchsmustergesetz (§ 20 I
I GebrMG i.V.m. §§ 110 bis 121 PatG) I
I 1240 I Verfahren im allgemeinen I 2 I
I 1241 I Zurücknahme der Berufung oder der Klage vor I I
I I Ablauf des Tages, an dem entweder ein I I
I I Beweisbeschluß unterschrieben oder ein I I
I I Termin zur mündlichen Verhandlung I I
I I unterschriftlich bestimmt ist; I I
I I Erledigungserklärungen (§ 91a ZPO i.V.m. I I
I I § 121 Abs. 2 Satz 2 PatG, § 20 GebrMG) I I
I I stehen der Zurücknahme nicht gleich: I I
I I Die Gebühr 1240 ermäßigt sich auf I 0,5 I
I I I I
I Urteil, das die Instanz abschließt I I
I 1246 I Urteil enthält eine Begründung I 4 I
I 1247 I Urteil enthält keine Begründung I 1,5 I
I I I I
I Beschluß nach § 91a ZPO i.V.m. § 121 Abs. 2 Satz 2 PatG, I
I § 20 GebrMG I
I 1248 I Beschluß enthält eine Begründung I 1,5 I
I 1249 I Beschluß enthält keine Begründung I 0,75 I
I I I I
I III. Verfahren über Anträge auf Anordnung eines Arrestes oder I
I einer einstweiligen Verfügung sowie deren Aufhebung oder I
I Abänderung in den Fällen des § 926 Abs. 2 und der §§ 927, I
I 936 ZPO I
I 1. Verfahren erster Instanz I
I Im Verfahren über den Antrag auf Anordnung eines Arrestes oder einer I
I einstweiligen Verfügung und im Verfahren über den Antrag auf I
I Aufhebung der Abänderung (§ 926 Abs. 2, §§ 927, 936 ZPO) werden die I
I Gebühren jeweils gesondert erhoben. Im Falle des § 942 ZPO gilt das I
I Verfahren vor dem Amtsgericht und dem Gericht der Hauptsache als ein I
I Rechtsstreit. I
I 1310 I Verfahren über den Antrag I 1,0 I
I 1311 I In dem Verfahren findet eine mündliche I I
I I Verhandlung statt: I I
I I Die Gebühr 1310 erhöht sich auf I 3,0 I
I 1312 I Beendigung des gesamten Verfahrens durch I I
I I a) Zurücknahme des Antrags vor dem Schluß I I
I I der mündlichen Verhandlung, I I
I I b) Anerkenntnis- und Verzichtsurteil, I I
I I c) Abschluß eines Vergleichs vor Gericht, I I

I I wenn nicht bereits ein Urteil I I
 I I vorausgegangen ist: I I
 I I Die Gebühr 1311 ermäßigt sich auf I 1,0 I
 I I Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO I I
 I I stehen der Zurücknahme nicht gleich. Die I I
 I I Ermäßigung tritt auch ein, wenn mehrere I I
 I I Ermäßigungstatbestände erfüllt sind. I I
 I I I I
 I 2. Berufungsverfahren I
 I 1320 I Verfahren im allgemeinen I 0,75 I
 I I
 I Urteil, das die Instanz abschließt: I
 I 1321 I Urteil enthält eine Begründung I 1,5 I
 I 1322 I Urteil enthält keine Begründung I 0,75 I
 I I
 I Beschluß nach § 91a ZPO: I
 I 1323 I Beschluß enthält eine schriftliche I I
 I I Begründung I 1,0 I
 I 1324 I Beschluß enthält keine schriftliche I I
 I I Begründung I 0,5 I
 I I I I
 I IV. Erstinstanzliche Verfahren über Anträge auf I
 I Vollstreckbarerklärung ausländischer Schuldtitel und I
 I ähnliche Verfahren I
 I Im Berufungsverfahren nach Verfahren der in den nachfolgenden I
 I Abschnitten 1 und 3 bezeichneten Art bestimmen sich die Gebühren I
 I nach Abschnitt II 2. I
 I 1. Verfahren nach § 3 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des I
 I Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der I
 I Republik Österreich vom 6. Juni 1959 über die gegenseitige I
 I Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, I
 I Vergleichen und öffentlichen Urkunden in I
 I Zivil- und Handelssachen vom 8. März 1960 (BGBl. I S. 169) I
 I 1410 I Verfahren im allgemeinen I 1,0 I
 I 1411 I In dem Verfahren wird nicht durch Urteil I I
 I I entschieden: I I
 I I Die Gebühr 1420 ermäßigt sich auf I 0,25 I
 I I I I
 I Endurteil: I
 I 1412 I Urteil enthält eine Begründung I 2,5 I
 I 1413 I Urteil enthält keine Begründung I 1,5 I
 I I I I
 I Beschluß nach § 91a ZPO, soweit nicht bereits die I I
 I Gebühr /* 1422 */ entstanden ist: I
 I 1414 I Beschluß enthält eine schriftliche I I
 I I Begründung I 1,5 I
 I 1415 I Beschluß enthält keine schriftliche I I
 I I Begründung I 0,75 I
 I I I I

I 2. Verfahren auf Zulassung der Zwangsvollstreckung aus I
I Schuldtiteln und auf Feststellung der Anerkennung einer I
I Entscheidung nach dem Anerkennungs- und Vollstreckungs- I
I ausführungsgesetz vom 30. Mai 1988 (BGBl. I S. 662) I
I 1420 I Verfahren über den Antrag, den Schuldtitel I I
I I mit der Vollstreckungsklausel zu versehen I I
I I oder festzustellen, ob die Entscheidung I I
I I anzuerkennen ist I 140 DM I
I 1421 I Verfahren über den Antrag auf Aufhebung I I
I I oder Änderung der Beschlüsse über die I I
I I Zulassung der Zwangsvollstreckung oder die I I
I I Anerkennung I 70 DM I
I I I I
I 3. Verfahren über Anträge auf Vollstreckbarerklärung ausländischer I
I Schuldtitel oder auf Erteilung der Vollstreckungsklausel zu I
I ausländischen Schuldtiteln sowie Verfahren der Aufhebung oder I
I Abänderung der Vollstreckbarerklärung oder der Vollstreckungsklausel
I in sonstigen Fällen, soweit nicht in Staatsverträgen I
I bestimmt ist, daß ein Schuldtitel kostenfrei für vollstreckbar I
I zu erklären ist I
I 1430 I Verfahren im allgemeinen I 1,0 I
I I Die Gebühr entfällt bei Zurücknahme des I I
I I Antrags, bevor der Gegner angehört worden I I
I I ist, und früher als eine Woche vor Beginn I I
I I des Tages, der für die mündliche I I
I I Verhandlung vorgesehen war. I I
I 1431 I Beschluß, durch den über einen Widerspruch I I
I I entschieden wird I 1,0 I
I I I I
I Endurteil: I
I 1432 I Urteil enthält eine Begründung I 2,5 I
I 1433 I Urteil enthält keine Begründung I 1,5 I
I I I I
I Beschluß nach § 91a ZPO, soweit nicht bereits die Gebühr 1432 I
I entstanden ist: I
I 1434 I Beschluß enthält eine schriftliche I I
I I Begründung I 1,5 I
I 1435 I Beschluß enthält keine schriftliche I I
I I Begründung I 0,75 I
I I I I
I V. Verfahren in Ehesachen und Folgesachen von Scheidungssachen I
I 1. Verfahren erster Instanz I
I 1510 I Verfahren im allgemeinen I 1,0 I
I I Die Gebühr entfällt bei Zurücknahme des I I
I I Antrags oder der Klage vor Ablauf des I I
I I Tages, an dem ein Beweisbeschuß I I
I I unterschrieben ist, und früher als I I
I I eine Woche vor Beginn des Tages, der für I I
I I die mündliche Verhandlung vorgesehen war; I I

I I Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO I I
 I I stehen der Zurücknahme nicht gleich. I I
 I 1513 I Grundurteil (§ 304 ZPO), Vorbehaltsurteil I I
 I I (§§ 302, 599 ZPO) I 0,5 I
 I I I I
 I Endurteil, soweit die Gebühr 1513 entstanden ist: I
 I 1514 I Urteil enthält eine Begründung I 0,5 I
 I 1515 I Urteil enthält keine Begründung I 0,25 I
 I I I I
 I Endurteil, soweit die Gebühr 1513 nicht entstanden ist; Beschluß I
 I in den in § 1 Abs. 2 GKG genannten Scheidungsfolgesachen, der I
 I die Instanz abschließt: I
 I 1516 I Urteil enthält eine Begründung, Beschluß .. I 1,0 I
 I 1517 I Urteil enthält keine Begründung I 0,5 I
 I I I I
 I Beschluß nach § 91a ZPO, soweit nicht bereits die Gebühr I
 I 1514 oder 1516 entstanden ist: I
 I 1518 I Beschluß enthält eine schriftliche I I
 I I Begründung I 1,0 I
 I 1519 I Beschluß enthält keine schriftliche I I
 I I Begründung I 0,5 I
 I I I I
 I 2. Berufungsverfahren, Beschwerden in Folgesachen nach § 621e I
 I Abs. 1, § 629a Abs. 2 i.V.m. § 621e Abs. 1 ZPO I
 I 1520 I Verfahren im allgemeinen I 1,5 I
 I 1521 I Zurücknahme der Berufung, der Beschwerde, I I
 I I des Antrags oder der Klage vor Ablauf des I I
 I I Tages, an dem ein Beweisbeschluß I I
 I I unterschrieben oder ein Termin zur I I
 I I mündlichen Verhandlung unterschriftlich I I
 I I bestimmt ist; Erledigungserklärungen nach I I
 I I § 91a ZPO stehen der Zurücknahme nicht I I
 I I gleich: I I
 I I Die Gebühr 1520 ermäßigt sich auf I 0,5 I
 I 1523 I Grundurteil (§ 304 ZPO), Vorbehaltsurteil I I
 I I (§§ 302, 599 ZPO) I 1,0 I
 I I I I
 I Urteil, das die Instanz abschließt, soweit die Gebühr 1523 I
 I entstanden ist: I
 I 1524 I Urteil enthält eine Begründung I 1,0 I
 I 1525 I Urteil enthält keine Begründung I 0,5 I
 I I I I
 I Urteil, das die Instanz abschließt, soweit die Gebühr 1523 nicht I
 I entstanden ist; Beschluß in den in § 1 Abs. 2 GKG genannten I
 I Scheidungsfolgesachen, der die Instanz abschließt: I
 I 1526 I Urteil enthält eine Begründung; Beschluß .. I 2,0 I
 I 1527 I Urteil enthält keine Begründung I 1,0 I
 I I I I
 I Beschluß nach § 91a ZPO, soweit nicht bereits die Gebühr 1524 I

I oder 1526 entstanden ist: I
I 1528 I Beschluß enthält eine schriftliche I I
I I Begründung I 1,5 I
I 1529 I Beschluß enthält keine schriftliche I I
I I Begründung I 0,75 I
I I I I
I 3. Revisionsverfahren, Beschwerden in Folgesachen nach § 621e I
I Abs. 2 Satz 1, § 629a Abs. 2 i.V.m. § 621e Abs. 2 Satz 1 ZPO I
I 1530 I Verfahren im allgemeinen I 2,0 I
I 1531 I Zurücknahme der Revision, der weiteren I I
I I Beschwerde, des Antrags oder der Klage, I I
I I bevor die Schrift zur Begründung der I I
I I Revision oder der weiteren Beschwerde bei I I
I I Gericht eingegangen ist; Erledigungserklärung I
I I nach § 91a ZPO stehen der Zurücknahme I I
I I nicht gleich: I I
I I Die Gebühr 1530 ermäßigt sich auf I 0,5 I
I I I I
I Urteil, das die Instanz abschließt; Beschluß in den in § 1 Abs. 2 I
I GKG genannten Scheidungsfolgesachen, der die Instanz abschließt: I
I 1536 I Urteil enthält eine Begründung; Beschluß .. I 3,0 I
I 1537 I Urteil enthält keine Begründung I 1,5 I
I I I I
I Beschluß nach § 91a ZPO: I
I 1538 I Beschluß enthält eine schriftliche I I
I I Begründung I 1,5 I
I 1539 I Beschluß enthält keine schriftliche I I
I I Begründung I 0,75 I
I I I I
I VI. Besondere Verfahren, Vergleich, Zustellungersuchen, I
I Verzögerung des Rechtsstreits I
I 1. Selbständiges Beweisverfahren I
I 1610 I Verfahren im allgemeinen I 0,5 I
I 2. Aufgebotsverfahren I
I 1620 I Verfahren im allgemeinen I 0,5 I
I 3. Schiedsrichterliches Verfahren I
I 1630 I Verfahren über die Aufhebung oder die I I
I I Vollstreckbarerklärung eines Schiedsspruchs I I
I I oder über die Aufhebung der I I
I I Vollstreckbarerklärung I 2,0 I
I I Die Gebühr ist auch im Verfahren über die I I
I I Vollstreckbarerklärung eines ausländischen I I
I I Schiedsspruchs oder deren Aufhebung zu I I
I I erheben I I
I 1632 I Verfahren über den Antrag auf Feststellung I I
I I der Zulässigkeit oder Unzulässigkeit des I I
I I schiedsrichterlichen Verfahrens I 2,0 I
I 1633 I Verfahren bei Rüge der Unzuständigkeit des I I
I I Schiedsgerichts I 2,0 I

I 1635 I Verfahren bei der Bestellung eines I I	
I I Schiedsrichters oder Ersatzschiedsrichters I 0,5 I	
I 1636 I Verfahren über die Ablehnung eines I I	
I I Schiedsrichters oder über die Beendigung I I	
I I des Schiedsrichteramtes I 0,5 I	
I 1637 I Verfahren zur Unterstützung bei der I I	
I I Beweisaufnahme oder zur Vornahme sonstiger I I	
I I richterlicher Handlungen I 0,5 I	
I 1638 I Verfahren über die Zulassung der I I	
I I Vollziehung einer vorläufigen oder I I	
I I sichernden Maßnahme oder über die Aufhebung I I	
I I oder Änderung einer Entscheidung über die I I	
I I Zulassung der Vollziehung I 2,0 I	
I I Im Verfahren über die Zulassung der I I	
I I Vollziehung und in dem Verfahren über die I I	
I I Aufhebung oder Änderung einer Entscheidung I I	
I I über die Zulassung der Vollziehung werden I I	
I I die Gebühren jeweils gesondert erhoben. I I	
I 4. Zwangsvollstreckung nach Vorschriften der ZPO I	
I 1640 I Verfahren über Anträge auf gerichtliche I I	
I I Handlungen der Zwangsvollstreckung gemäß I I	
I I § 829 Abs. 1, §§ 835, 839, 846 bis 848, I I	
I I 857, 858 oder § 886 ZPO; mehrere I I	
I I Verfahren innerhalb eines Rechtszuges I I	
I I gelten als ein Verfahren, sofern sie I I	
I I denselben Anspruch und denselben Gegenstand I I	
I I betreffen I 20 DM I	
I 1641 I Verfahren nach § 765a ZPO I 20 DM I	
I 1642 I Verfahren nach § 813b ZPO I 20 DM I	
I 1643 I (weggefallen) I I	
I 1644 I Verfahren über den Antrag eines I I	
I I Drittgläubigers auf Erteilung der Abschrift I I	
I I eines mit eidesstattlicher Versicherung I I	
I I abgegebenen Vermögensverzeichnisses I 40 DM I	
I I Die Gebühr entfällt, wenn I I	
I I a) ein Verfahren des Antragstellers auf I I	
I I Abnahme der eidesstattlichen I I	
I I Versicherung - auch vor dem Gerichts- I I	
I I vollzieher eines anderen Amtsgerichts I I	
I I - nicht fortgesetzt worden ist, I I	
I I weil der Schuldner das Vermögens- I I	
I I verzeichnis, dessen Abschrift beantragt I I	
I I ist, innerhalb der letzten drei Jahre I I	
I I bereits abgegeben hatte oder I I	
I I b) für ein Verfahren über den Antrag auf I I	
I I Gewährung der Einsicht in dasselbe I I	
I I Vermögensverzeichnis die Gebühr 1645 I I	
I I bereits entstanden ist. I I	
I 1645 I Verfahren über den Antrag eines I I	

I I Drittgläubigers auf Gewährung der Einsicht in I
 I I das mit eidesstattlicher Versicherung I I
 I I abgegebene Vermögensverzeichnis I 40 DM I
 I I Die Gebühr entfällt, wenn I I
 I I a) ein Verfahren des Antragstellers auf I I
 I I Abnahme der eidesstattlichen I I
 I I Versicherung - auch vor dem Gerichts- I I
 I I vollzieher eines anderen Amtsgerichts I I
 I I - nicht fortgesetzt worden ist, I I
 I I weil der Schuldner das Vermögens- I I
 I I verzeichnis, dessen Einsicht beantragt I I
 I I ist, innerhalb der letzten drei Jahre I I
 I I bereits abgegeben hatte oder I I
 I I b) für ein Verfahren über einen früheren I I
 I I Antrag auf Gewährung der Einsicht in I I
 I I dasselbe Vermögensverzeichnis die Gebühr I I
 I I bereits entstanden ist. I I
 I 1646 I Verteilungsverfahren I 0,5 I
 I 1647 I Verfahren über die Vollstreckbarerklärung I I
 I I eines Anwaltsvergleichs nach §§ 796a und I I
 I I 796b ZPO I 1,0 I
 I 5. Besondere Gebühren I
 I 1650 I Verfahren nach § 319 Abs. 6 AktG oder I I
 I I § 16 Abs. 3 UmwG I 1,0 I
 I 1653 I Abschluß eines Vergleichs vor Gericht in I I
 I I einem Rechtsstreit außer einem Vergleich I I
 I I über Ansprüche, die in Verfahren nach § 620 I I
 I I oder § 641d ZPO geltend gemacht werden I I
 I I können: I I
 I I Soweit der Wert des Vergleichsgegenstandes I I
 I I den Wert des Streitgegenstandes übersteigt I 0,25 I
 I 1655 I Ersuchen durch die Geschäftsstelle an die I I
 I I Post um Bewirkung einer Zustellung (§ 196 I I
 I I ZPO), die nicht von Amts wegen erfolgt I jeweils in Höhe I
 I I I des Betrages I
 I I I der Gebühr nach I
 I I I § 16 Abs. 2 I
 I I I GvKostG I
 I I und, wenn eine nicht vom Gericht I I
 I I hergestellte Abschrift beglaubigt wird, je I I
 I I Seite I Gebühr in Höhe I
 I I I von I
 I I I Schreibauflagen I
 I 1659 I Auferlegung einer Gebühr nach § 34 GKG I I
 I I wegen Verzögerung des Rechtsstreits I wie vom Gericht I
 I I I bestimmt I
 I VII. Einstweilige Anordnungen I
 I Mehrere Entscheidungen der unter einer Nummer genannten Art I
 I innerhalb eines Rechtszuges gelten als eine Entscheidung. I

I 1700 I Entscheidung über einen Antrag nach § 127a I I	
I I ZPO	I 0,5 I
I 1701 I Entscheidung über einen Antrag nach § 620 I I	
I I Satz 1 Nr. 4, 6 bis 9 ZPO	I 0,5 I
I 1702 I Entscheidung über einen Antrag nach § 621f I I	
I I ZPO	I 0,5 I
I 1703 I Entscheidung über einen Antrag nach § 641d I I	
I I ZPO	I 0,5 I
I 1704 I Entscheidung über einen Antrag nach I I	
I I § 644 ZPO	I 0,5 I
I I I I	
I VIII. Vereinfachte Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger I	
I 1800 I Entscheidung über einen Antrag auf I I	
I I Festsetzung von Unterhalt nach § 645 I I	
I I Abs. 1 ZPO mit Ausnahme einer Festsetzung I I	
I I nach § 650 Satz 2 ZPO	I 0,5 I
I 1801 I Entscheidung über einen Antrag auf I I	
I I Abänderung eines Vollstreckungstitels I I	
I I nach § 655 Abs. 1 ZPO	I 20 DM I
I I I I	
I IX. Beschwerdeverfahren I	
I außer Verfahren über die in den Abschnitten II 2,	
I V 2 und V 3 genannten Beschwerden I	
I 1. Vollstreckbarerklärung ausländischer Schuldtitel I	
I und ähnliche Verfahren I	
I Verfahren über die Beschwerde in den in I	
I Abschnitt IV 2 genannten Verfahren I	
I 1911 I - gegen die Entscheidung über die Zulassung I I	
I I der Zwangsvollstreckung oder die I I	
I I Feststellung der Anerkennung	I 210 DM I
I 1912 I - gegen die Entscheidung über die I I	
I I Aufhebung oder Änderung der Beschlüsse I I	
I I über die Zulassung der Zwangsvollstreckung I	
I I oder die Anerkennung in einem besonderen I I	
I I Verfahren	I 105 DM I
I 1913 I Verfahren über die Rechtsbeschwerde in den I I	
I I in Abschnitt IV 2 genannten Verfahren	I 280 DM
I 1914 I Verfahren über die Beschwerde gegen einen I I	
I I Beschluß, durch den über den Widerspruch in I I	
I I den in Abschnitt IV 3 genannten Verfahren I I	
I I entschieden wurde	I 1,0 I
I 2. Schiedsrichterliches Verfahren I	
I 1921 I Verfahren über die Rechtsbeschwerde in den I I	
I I in Abschnitt VI 3 genannten Verfahren	I 2,0 I
I 3. Vereinfachte Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger I	
I 1931 I Verfahren über die Beschwerde nach § 652 ZPO I	
I I gegen die Festsetzung von Unterhalt im I I	
I I vereinfachten Verfahren	I 0,5 I
I 1932 I Verfahren über die Beschwerde nach § 655 I I	

I I Abs. 5 ZPO gegen den Beschluß, durch den I I	
I I ein Vollstreckungstitel im vereinfachten I I	
I I Verfahren abgeändert wird I 50 DM I	
I 4. Verfahren des gewerblichen Rechtsschutzes I	
I 1941 I Verfahren über die Beschwerde nach § 122 I I	
I I PatG gegen ein Urteil über den Erlaß einer I I	
I I einstweiligen Verfügung in I I	
I I Zwangslizenzsachen I 600 DM I	
I 1942 I Verfahren über die Beschwerde nach § 20 I I	
I I GebrMG i.V.m. § 122 PatG gegen ein Urteil I I	
I I über den Erlaß einer einstweiligen I I	
I I Verfügung in Zwangslizenzsachen I 410 DM I	
I 1943 I Verfahren über die Rechtsbeschwerde in I I	
I I Verfahren des gewerblichen Rechtsschutzes I I	
I I (§ 1 Abs. 3 GKG) I 2 I	
I 5. In den Abschnitten 1 bis 4 nicht aufgeführte Beschwerden I	
I 1951 I Verfahren über Beschwerden nach § 71 I I	
I I Abs. 2, § 91a Abs. 2, § 99 Abs. 2, § 269 I I	
I I Abs. 3, § 620c Satz 1, § 641d Abs. 3 ZPO I I	
I I sowie über Beschwerden gegen die I I	
I I Zurückweisung eines Antrags auf Anordnung I I	
I I eines Arrestes oder einer einstweiligen I I	
I I Verfügung I 1,0 I	
I 1952 I Verfahren über nicht besonders aufgeführte I I	
I I Beschwerden, wenn für die angefochtene I I	
I I Entscheidung oder für das dieser I I	
I I Entscheidung vorangegangene Verfahren eine I I	
I I Festgebühr bestimmt ist, und über die I I	
I I Beschwerde gegen eine Entscheidung im I I	
I I Verfahren über die Prozeßkostenhilfe: I I	
I I Die Beschwerde wird verworfen oder I I	
I I zurückgewiesen I 50 DM I	
I I Wird die Beschwerde nur teilweise verworfen I I	
I I oder zurückgewiesen, kann das Gericht die I I	
I I Gebühr nach billigem Ermessen auf die I I	
I I Hälfte ermäßigen oder bestimmen, daß eine I I	
I I Gebühr nicht zu erheben ist. I I	
I 1953 I Verfahren über nicht besonders aufgeführte I I	
I I Beschwerden, die nicht nach anderen I I	
I I Vorschriften gebührenfrei sind: I I	
I I Soweit die Beschwerde verworfen oder I I	
I I zurückgewiesen wird I 1,0 I	
I I I I	
I Teil 2 I	
I Verfahren vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit I	
I I	
I I. Prozeßverfahren I	
I 1. Prozeßverfahren erster Instanz I	
I 2110 I Verfahren im allgemeinen I 1,0 I	

I I Die Gebühr entfällt bei I I
I I a) Zurücknahme der Klage vor Ablauf des I I
I I Tages, an dem ein Beweisbeschuß oder I I
I I ein Gerichtsbescheid unterschrieben ist I I
I I und früher als eine Woche vor Beginn des I I
I I Tages, der für die mündliche Verhandlung I I
I I vorgesehen war; die Erledigung des I I
I I Rechtsstreits in der Hauptsache (§ 161 I I
I I Abs. 2 VwGO) steht der Zurücknahme nicht I I
I I gleich; I I
I I b) Zurücknahme des Antrags nach § 47 VwGO I I
I I vor Ablauf des Tages, an dem die I I
I I Erwiderung des Antragsgegners bei I I
I I Gericht eingeht. I I
I 2111 I Zurücknahme der Klage in einem Verfahren I I
I I nach § 93a Abs. 2 VwGO vor Ablauf einer I I
I I Erklärungsfrist nach § 93a Abs. 2 Satz 1 I I
I I VwGO: I I
I I Die Gebühr 2110 ermäßigt sich auf I 0,5 I
I 2113 I Gerichtsbescheid (§ 84 VwGO), Beschluß I I
I I nach § 93a Abs. 2 VwGO, Grundurteil I I
I I (§ 111 VwGO), Vorbehaltsurteil (§ 173 I I
I I VwGO i.V.m. § 302 ZPO) I 1,0 I
I 2114 I Endurteil, soweit die Gebühr 2113 I I
I I entstanden ist I 1,5 I
I 2115 I Endurteil, soweit die Gebühr 2113 nicht I I
I I entstanden ist I 2,5 I
I 2116 I Entscheidungen nach § 47 VwGO I 2,5 I
I 2118 I Beschluß nach § 161 Abs. 2 VwGO, soweit I I
I I nicht bereits die Gebühr 2114 oder 2115 I I
I I entstanden ist I 1,5 I
I 2119 I Beschluß nach § 161 Abs. 2 VwGO in einem I I
I I Verfahren nach § 93a Abs. 2 VwGO, wenn das I I
I I Verfahren vor Ablauf einer Erklärungsfrist I I
I I nach § 93a Abs. 2 Satz 1 VwGO beendet wird: I I
I I Die Gebühr 2118 ermäßigt sich auf I 0,75 I
I I I I
I 2. Verfahren über den Antrag auf Zulassung der Berufung, I
I Berufungsverfahren I
I 2120 I Verfahren über die Zulassung der Berufung: I I
I I Soweit der Antrag abgelehnt wird I 1,0 I
I 2121 I Berufungsverfahren im allgemeinen I 1,5 I
I 2122 I Zurücknahme der Berufung oder der Klage vor I I
I I Ablauf des Tages, an dem ein Beweisbeschuß I I
I I unterschrieben oder ein Termin zur I I
I I mündlichen Verhandlung unterschriftlich I I
I I bestimmt ist; die Erledigung des I I
I I Rechtsstreits in der Hauptsache (§ 161 Abs. 2 I
I I VwGO) steht der Zurücknahme nicht gleich: I I

I I Die Gebühr 2121 ermäßigt sich auf	I 0,5 I
I 2123 I Beschluß nach § 93a Abs. 2 VwGO, Beschluß I I	
I I nach § 130a VwGO, Grundurteil (§ 111 I I	
I I VwGO), Vorbehaltsurteil (§ 173 VwGO i.V.m. I I	
I I § 302 ZPO)	I 1,5 I
I 2124 I Urteil, das die Instanz abschließt, I I	
I I soweit die Gebühr 2123 entstanden ist	I 1,5 I
I 2125 I Urteil, das die Instanz abschließt, soweit I I	
I I die Gebühr 2123 nicht entstanden ist	I 3,0 I
I 2128 I Beschluß nach § 161 Abs. 2 VwGO, soweit I I	
I I nicht bereits die Gebühr 2124 oder 2125 I I	
I I entstanden ist	I 1,5 I
I I I I	
I 3. Revisionsverfahren I	
I 2130 I Verfahren im allgemeinen	I 2,0 I
I 2131 I Zurücknahme der Revision oder der Klage, I I	
I I bevor die Schrift zur Begründung der I I	
I I Revision bei Gericht eingegangen ist; die I I	
I I Erledigung des Rechtsstreits in der I I	
I I Hauptsache (§ 161 Abs. 2 VwGO) steht der I I	
I I Zurücknahme nicht gleich: I I	
I I Die Gebühr 2130 ermäßigt sich auf	I 0,5 I
I 2132 I Beschluß nach § 93a Abs. 2 VwGO	I 1,5 I
I 2133 I Urteil, das die Instanz abschließt	I 3,0 I
I 2138 I Beschluß nach § 161 Abs. 2 VwGO	I 1,5 I
I I I I	
I II. Einstweilige Anordnungen, Verfahren nach § 80 Abs. 5, I	
I § 80a Abs. 3 VwGO I	
I 2210 I Verfahren über den Antrag	I 0,5 I
I I In Verfahren über den Antrag auf Erlaß und I I	
I I über den Antrag auf Aufhebung einer I I	
I I einstweiligen Anordnung werden die Gebühren I I	
I I jeweils gesondert erhoben. Mehrere I I	
I I Verfahren nach § 80 Abs. 5, § 80a Abs. 3 I I	
I I VwGO gelten innerhalb eines Rechtszuges als I I	
I I ein Verfahren. I I	
I I I I	
I III. Selbständige Beweisverfahren, Vergleich, Verzögerung I	
I des Rechtsstreits I	
I 2300 I Selbständiges Beweisverfahren	I 0,5 I
I 2310 I Abschluß eines Vergleichs vor Gericht in I I	
I I einem Rechtsstreit: I I	
I I Soweit der Wert des Vergleichsgegenstandes I I	
I I den Wert des Streitgegenstandes übersteigt I 0,25 I	
I 2320 I Auferlegung einer Gebühr nach § 34 GKG I I	
I I wegen Verzögerung des Rechtsstreits	I wie vom Gericht I
I I I bestimmt I	
I I I I	
I IV. Zwangsvollstreckungsverfahren I	

I 2400 I Verfahren über Anträge auf gerichtliche I I	
I I Handlungen der Zwangsvollstreckung gemäß I I	
I I §§ 169, 170 VwGO I 20 DM I	
I I I I	
I V. Verfahren über den Antrag auf Zulassung der Beschwerde, I	
I Beschwerdeverfahren I	
I 2500 I Verfahren über den Antrag auf Zulassung I I	
I I der Beschwerde (§ 146 Abs. 5 und 6 VwGO): I I	
I I Soweit der Antrag abgelehnt wird I 1,0 I	
I 2501 I Verfahren über Beschwerden gegen I I	
I I Entscheidungen nach § 123 VwGO I 1,0 I	
I 2502 I Verfahren über nicht besonders aufgeführte I I	
I I Beschwerden, wenn für die angefochtene I I	
I I Entscheidung oder für das dieser I I	
I I Entscheidung vorangegangene Verfahren eine I I	
I I Festgebühr bestimmt ist, und über die I I	
I I Beschwerde gegen eine Entscheidung im I I	
I I Verfahren über die Prozeßkostenhilfe: I I	
I I Die Beschwerde wird verworfen oder I I	
I I zurückgewiesen I 50 DM I	
I I Wird die Beschwerde nur teilweise verworfen I I	
I I oder zurückgewiesen, kann das Gericht die I I	
I I Gebühr nach billigem Ermessen auf die I I	
I I Hälfte ermäßigen oder bestimmen, daß eine I I	
I I Gebühr nicht zu erheben ist. I I	
I 2503 I Verfahren über nicht besonders aufgeführte I I	
I I Beschwerden, die nicht nach anderen I I	
I I Vorschriften gebührenfrei sind: I I	
I I Soweit die Beschwerde verworfen oder I I	
I I zurückgewiesen wird I 1,0 I	
I I I I	
I Teil 3 I	
I Verfahren vor den Gerichten der Finanzgerichtsbarkeit I	
I I	
I I. Prozeßverfahren I	
I 1. Prozeßverfahren erster Instanz I	
I 3110 I Verfahren im allgemeinen, soweit es sich I I	
I I nicht nach § 45 Abs. 3 FGO erledigt I 1,0 I	
I I Die Gebühr entfällt bei Zurücknahme der I I	
I I Klage vor Ablauf des Tages, an dem ein I I	
I I Beweisbeschuß oder ein Gerichtsbescheid I I	
I I unterschrieben ist, und früher als eine I I	
I I Woche vor Beginn des Tages, der für die I I	
I I mündliche Verhandlung vorgesehen war; die I I	
I I Erledigung des Rechtsstreits in der I I	
I I Hauptsache (§ 138 FGO) steht der I I	
I I Zurücknahme nicht gleich. I I	
I 3113 I Gerichtsbescheid (§ 90a FGO) außer I I	
I I Zwischengerichtsbescheid, Grundurteil (§ 99 I I	

I I Abs. 1 FGO), Vorbehaltsurteil (§ 155 FGO I I	
I I i.V.m. § 302 ZPO)	I 1,0 I
I 3114 I Endurteil, soweit die Gebühr 3113 I I	
I I entstanden ist	I 1,5 I
I 3115 I Endurteil, soweit die Gebühr 3113 nicht I I	
I I entstanden ist	I 2,5 I
I 3118 I Beschluß nach § 138 FGO, soweit nicht I I	
I I bereits die Gebühr 3114 oder 3115 I I	
I I entstanden ist	I 1,5 I
I I I I	
I 2. Revisionsverfahren I	
I 3130 I Verfahren im allgemeinen	I 2,0 I
I 3131 I Zurücknahme der Revision oder der Klage, I I	
I I bevor die Schrift zur Begründung der I I	
I I Revision bei Gericht eingegangen ist; die I I	
I I Erledigung des Rechtsstreits in der I I	
I I Hauptsache (§ 138 FGO) steht der I I	
I I Zurücknahme nicht gleich: I I	
I I Die Gebühr 3130 ermäßigt sich auf	I 0,5 I
I 3133 I Gerichtsbescheid (§ 90a FGO) außer I I	
I I Zwischengerichtsbescheid; I I	
I I Beschluss nach § 126a FGO	I 1,5 I
I 3134 I Urteil, das die Instanz abschließt, soweit I I	
I I die Gebühr 3133 entstanden ist	I 1,5 I
I 3135 I Urteil, das die Instanz abschließt, soweit I I	
I I die Gebühr 3133 nicht entstanden ist	I 3,0 I
I 3138 I Beschluß nach § 138 FGO	I 1,5 I
I I I I	
I II. Einstweilige Anordnungen, Verfahren nach § 69 Abs. 3, 5 FGO I	
I 3210 I Verfahren über den Antrag	I 0,5 I
I I In Verfahren über den Antrag auf Erlaß und I I	
I I über den Antrag auf Aufhebung einer I I	
I I einstweiligen Anordnung werden die Gebühren I I	
I I jeweils gesondert erhoben. Mehrere I I	
I I Verfahren nach § 69 Abs. 3, 5 FGO gelten I I	
I I innerhalb eines Rechtszuges als ein I I	
I I Verfahren. I I	
I I I I	
I III. Selbständige Beweisverfahren, Verzögerung des I	
I Rechtsstreits I	
I 3300 I Selbständiges Beweisverfahren	I 0,5 I
I 3310 I Auferlegung einer Gebühr nach § 34 GKG I I	
I I wegen Verzögerung des Rechtsstreits	I wie vom Gericht I
I I I bestimmt I	
I I I I	
I IV. Beschwerdeverfahren I	
I 3400 I Verfahren über die Beschwerde nach § 114 I I	
I I FGO	I 1,0 I
I 3401 I Verfahren über die Beschwerde gegen eine I I	

I I Entscheidung im Verfahren über die I I
 I I Prozeßkostenhilfe: I I
 I I Die Beschwerde wird verworfen oder I I
 I I zurückgewiesen I 50 DM I
 I I Wird die Beschwerde nur teilweise I I
 I I verworfen oder zurückgewiesen, kann das I I
 I I Gericht die Gebühr nach billigem Ermessen I I
 I I auf die Hälfte ermäßigen oder bestimmen, I I
 I I daß eine Gebühr nicht zu erheben ist. I I
 I 3402 I Verfahren über nicht besonders aufgeführte I I
 I I Beschwerden, die nicht nach anderen I I
 I I Vorschriften gebührenfrei sind: I I
 I I Soweit die Beschwerde verworfen oder I I
 I I zurückgewiesen wird I 1,0 I
 I I I I
 I Teil 4 I
 I Insolvenzverfahren; Schiffahrtsrechtliche Verteilungsverfahren I
 I I
 I I. Insolvenzverfahren I
 I 1. Eröffnungsverfahren I
 I 4110 I Verfahren über den Antrag des Schuldners I I
 I I auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens I 0,5 I
 I I Die Gebühr entsteht auch, wenn das I I
 I I Verfahren nach § 306 InsO ruht. I I
 I 4111 I Verfahren über den Antrag eines Gläubigers I I
 I I auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens I 0,5 I
 I I I mindestens I
 I I I 200 DM I
 I 2. Durchführung des Insolvenzverfahrens auf Antrag des I
 I Schuldners, auch wenn das Verfahren gleichzeitig auf Antrag I
 I eines Gläubigers eröffnet wurde. I
 I 4120 I Durchführung des Insolvenzverfahrens I 2,5 I
 I I Die Gebühr entfällt, wenn der I I
 I I Eröffnungsbeschluß auf Beschwerde I I
 I I aufgehoben wird. I I
 I 4121 I Einstellung des Verfahrens vor dem Ende des I I
 I I Prüfungstermins nach §§ 207, 211, 212, 213 I I
 I I InsO oder § 3 des Ausführungsgesetzes zum I I
 I I deutsch-österreichischen Konkursvertrag: I I
 I I Die Gebühr 4120 ermäßigt sich auf I 0,5 I
 I 4122 I Einstellung des Verfahrens nach dem Ende des I
 I I Prüfungstermins nach §§ 207, 211, 212, 213 I I
 I I InsO oder § 3 des Ausführungsgesetzes zum I I
 I I deutsch-österreichischen Konkursvertrag: I I
 I I Die Gebühr 4120 ermäßigt sich auf I 1,5 I
 I I I I
 I 3. Durchführung des Insolvenzverfahrens auf Antrag eines I
 I Gläubigers I
 I 4130 I Durchführung des Insolvenzverfahrens I 3,0 I

I I Die Gebühr entfällt, wenn der I I
I I Eröffnungsbeschuß auf Beschwerde I I
I aufgehoben wird. I I
I 4131 I Einstellung des Verfahrens vor dem Ende des I I
I I Prüfungstermins nach §§ 207, 211, 212, 213 I I
I I InsO oder § 3 des Ausführungsgesetzes zum I I
I I deutsch-österreichischen Konkursvertrag: I I
I I Die Gebühr 4130 ermäßigt sich auf I 1,0 I
I 4132 I Einstellung des Verfahrens nach dem Ende des I
I I Prüfungstermins nach §§ 207, 211, 212, 213 I I
I I InsO oder § 3 des Ausführungsgesetzes zum I I
I I deutsch-österreichischen Konkursvertrag: I I
I I Die Gebühr 4130 ermäßigt sich auf I 2,0 I
I I I I
I 4. Besonderer Prüfungstermin und schriftliches Prüfungsverfahren I
I (§ 177 InsO) I
I 4140 I Prüfung von Forderungen je Gläubiger I 25 DM I
I I I I
I 5. Restschuldbefreiung I I
I 4150 I Entscheidung über den Antrag auf I I
I I Versagung oder Widerruf der I I
I I Restschuldbefreiung (§§ 296, 297, 300, I I
I I 303 InsO) I 60 DM I
I I I I
I I I I
I II. Schiffahrtsrechtliche Verteilungsverfahren I
I 4200 I Verfahren über den Antrag auf Eröffnung des I I
I I Verteilungsverfahrens I 1,0 I
I 4201 I Durchführung des Verteilungsverfahrens I 2,0 I
I 4205 I Prüfung von Forderungen in einem besonderen I I
I I Prüfungstermin (§ 11 SVertO) je Gläubiger.. I 25 DM I
I I I I
I III. Beschwerdeverfahren I
I 4300 I Verfahren über die Beschwerde gegen die I I
I I Entscheidung über den Antrag auf I I
I I Eröffnung des Insolvenzverfahrens I 1,0 I
I 4301 I Verfahren über nicht aufgeführte I I
I I Beschwerden, die nicht nach anderen I I
I I Vorschriften gebührenfrei sind: I I
I I Soweit die Beschwerde verworfen oder I I
I I zurückgewiesen wird I 1,0 I
I I I I
I Teil 5 I
I Verfahren nach dem Gesetz über die Zwangsversteigerung und die I
I Zwangsverwaltung; Zwangsliquidation einer Bahneinheit I
I I
I Die Gebühren 5100, 5200 und 5300 werden für jeden Antragsteller I
I gesondert erhoben; Gesamtgläubiger, die den Antrag gemeinsam I
I stellen, gelten als ein Antragsteller. Betrifft ein Antrag mehrere I

I Gegenstände, wird die Gebühr nur einmal erhoben, soweit durch einen I
I einheitlichen Beschluß entschieden wird. Für ein Verfahren nach I
I § 765a ZPO wird keine, für das Beschwerdeverfahren die Gebühr 5400 I
I erhoben; richtet sich die Beschwerde auch gegen eine Entscheidung I
I nach § 30a ZVG, gilt Satz 2 entsprechend. I
I I
I I. Zwangsversteigerung I
I 5100 I Entscheidung über den Antrag auf Anordnung I I
I I der Zwangsversteigerung oder über den I I
I I Beitritt zum Verfahren I 100 DM I
I 5110 I Verfahren im allgemeinen I 0,5 I
I 5111 I Beendigung des Verfahrens vor Ablauf des I I
I I Tages, an dem die Verfügung mit der I I
I I Bestimmung des ersten Versteigerungstermins I I
I I unterschrieben ist: I I
I I Die Gebühr 5110 ermäßigt sich auf I 0,25 I
I 5120 I Abhaltung mindestens eines Versteigerungs- I I
I I termins mit Aufforderung zur Abgabe von I I
I I Geboten I 0,5 I
I I Die Gebühr entfällt, wenn der Zuschlag I I
I I aufgrund des § 74a oder § 85a ZVG, § 13 I I
I I oder § 13a des Gesetzes über I I
I I Vollstreckungsschutz für die I I
I I Binnenschifffahrt versagt bleibt. I I
I 5130 I Erteilung des Zuschlags I 0,5 I
I I Die Gebühr entfällt, wenn der I I
I I Zuschlagsbeschluß aufgehoben wird. I I
I 5140 I Verteilungsverfahren I 0,5 I
I 5141 I Fall der §§ 143, 144 ZVG: I I
I I Die Gebühr 5140 ermäßigt sich auf I 0,25 I
I I I I
I II. Zwangsverwaltung I
I 5200 I Entscheidung über den Antrag auf Anordnung I I
I I der Zwangsverwaltung oder über den Beitritt I I
I I zum Verfahren I 100 DM I
I 5210 I Durchführung des Verfahrens: Für jedes I I
I I angefangene Jahr, beginnend mit dem Tag der I I
I I Beschlagnahme I 0,5 I
I I I I
I III. Zwangsliquidation einer Bahneinheit I
I 5300 I Entscheidung über den Antrag auf Eröffnung I I
I I der Zwangsliquidation I 100 DM I
I 5310 I Verfahren im allgemeinen I 0,5 I
I 5311 I Verfahren wird eingestellt: I I
I I Die Gebühr 5310 ermäßigt sich auf I 0,25 I
I I I I
I IV. Beschwerdeverfahren I
I 5400 I Verfahren über Beschwerden, wenn für die I I
I I angefochtene Entscheidung eine Festgebühr I I

I I bestimmt ist: I I
 I I Die Beschwerde wird verworfen oder I I
 I I zurückgewiesen I 100 DM I
 I I Wird die Beschwerde nur teilweise verworfen I I
 I I oder zurückgewiesen, kann das Gericht die I I
 I I Gebühr nach billigem Ermessen auf die I I
 I I Hälfte ermäßigen oder bestimmen, daß eine I I
 I I Gebühr nicht zu erheben ist. I I
 I 5401 I Verfahren über sonstige Beschwerden, die I I
 I I nicht nach anderen Vorschriften I I
 I I gebührenfrei sind: I I
 I I Soweit die Beschwerde verworfen oder I I
 I I zurückgewiesen wird I 0,25 I
 I I I I

 I I I Gebührenbetrag I
 I I I oder Satz der I
 I I I Gebühr 6110, I
 I Nr. I Gebührentatbestand I soweit nichts I
 I I I anderes I
 I I I vermerkt ist I
 I-----I
 I Teil 6 I
 I Strafsachen I
 I I
 I § 473 Abs. 4 StPO, § 74 JGG, § 11 Abs. 3 Satz 1 und § 44 GKG bleiben I
 I unberührt. Wird eine Geldbuße festgesetzt, bestimmen sich die I
 I Gebühren insoweit nach Teil 7. I
 I I
 I I. Officialverfahren mit rechtskräftiger Verurteilung zu einer I
 I Strafe, Verwarnung mit Strafvorbehalt oder Anordnung einer I
 I Maßregel der Besserung und Sicherung I
 I 1. Verfahren im ersten Rechtszug I
 I 6110 I Hauptverhandlung mit Urteil, soweit kein I I
 I I Strafbefehl vorausgegangen ist, bei I I
 I I a) Verurteilung zu Freiheitsstrafe I I
 I I bis zu 3 Monaten I 80 DM I
 I I bis zu 6 Monaten I 160 DM I
 I I bis zu 2 Jahren I 320 DM I
 I I von mehr als 2 Jahren I 480 DM I
 I I b) Verurteilung zu Geldstrafe I I
 I I bis zu 90 Tagessätzen I 80 DM I
 I I bis zu 180 Tagessätzen I 160 DM I
 I I von mehr als 180 Tagessätzen I 320 DM I
 I I c) Anordnung einer Maßregel der Besserung I I
 I I und Sicherung I 80 DM I
 I 6111 I Strafbefehl, auch wenn nach Einspruch durch I I
 I I Urteil entschieden worden ist I 0,5 I
 I 6112 I Hauptverhandlung mit Urteil, soweit ein I I

I I Strafbefehl vorausgegangen ist	I 0,5 I
I I I I	
I 2. Berufungsverfahren I	
I 6120 I Berufungsverfahren mit Urteil	I 1,0 I
I 6121 I Erledigung des Berufungsverfahrens ohne I I	
I I Urteil	I 0,25 I
I I I I	
I 3. Revisionsverfahren I	
I 6130 I Revisionsverfahren mit Urteil oder Beschluß I I	
I I nach § 349 Abs. 2 oder 4 StPO	I 1,0 I
I 6131 I Erledigung des Revisionsverfahrens ohne I I	
I I Urteil und ohne Beschluß nach § 349 Abs. 2 I I	
I I oder 4 StPO mit Ausnahme der Zurücknahme I I	
I I der Revision vor Ablauf der I I	
I I Begründungsfrist	I 0,25 I
I I I I	
I II. Wiederaufnahme eines rechtskräftig mit Verurteilung zu einer I	
I Strafe, Verwarnung mit Strafvorbehalt oder Anordnung einer I	
I Maßregel der Besserung und Sicherung abgeschlossenen I	
I Verfahrens I	
I 6200 I Verwerfung oder Ablehnung eines Antrags auf I I	
I I Wiederaufnahme des Verfahrens	I 0,5 I
I 6201 I Urteil nach erneuter Hauptverhandlung	I 1,0 I
I I	
I III. Einziehung und verwandte Maßnahmen I	
I 1. Antrag des Privatklägers nach § 440 StPO I	
I I Zurückweisung des Antrags I I	
I 6310 I - durch Urteil	I 60 DM I
I 6311 I - durch Beschluß	I 30 DM I
I I I I	
I 2. Berufung, Revision und Wiederaufnahme betreffend I	
I - die Einziehung, den Verfall, die Vernichtung, die I	
I Unbrauchbarmachung oder die Abführung des Mehrerlöses I	
I im Strafverfahren oder im selbständigen Verfahren nach I	
I §§ 440, 441 StPO; I	
I - die Verwerfung eines Antrags nach § 439 oder § 440 StPO I	
I 6320 I Verwerfung der Berufung durch Urteil	I 60 DM I
I 6321 I Erledigung der Berufung ohne Urteil	I 20 DM I
I 6322 I Verwerfung der Revision durch Urteil oder I I	
I I Beschluß nach § 349 Abs. 2 oder 4 StPO	I 60 DM I
I 6323 I Erledigung der Revision ohne Urteil und I I	
I I ohne Beschluß nach § 349 Abs. 2 oder 4 StPO I I	
I I mit Ausnahme der Zurücknahme der Revision I I	
I I vor Ablauf der Begründungsfrist	I 20 DM I
I 6324 I Verwerfung oder Ablehnung eines Antrags auf I I	
I I Wiederaufnahme des Verfahrens	I 30 DM I
I 6325 I Urteil nach erneuter Hauptverhandlung I I	
I I (§ 373 StPO)	I 60 DM I
I I I I	

I	IV. Klageerzwingungsverfahren, unwahre Anzeige und Zurücknahme des I	
I	Strafantrags I	
I	6400 I Dem Antragsteller, dem Anzeigenden, dem I I	
I	I Angeklagten oder Nebenbeteiligten sind die I I	
I	I Kosten auferlegt worden (§§ 177, 469, 470 I I	
I	I StPO) I 60 DM I	
I	I I I	
I	V. Privatklageverfahren I	
I	auch in Form des Verfahrens nach Widerklage I	
I	1. Verfahren mit Verurteilung zu einer Strafe I	
I	I	
I	a) Verfahren im ersten Rechtszug I	
I	6510 I Hauptverhandlung mit Urteil I 1,0 I	
I	I	
I	b) Berufungsverfahren I	
I	6520 I Berufungsverfahren mit Urteil, wenn der I I	
I	I Privatkläger mit Erfolg oder der I I	
I	I Beschuldigte die Berufung eingelegt hat ... I 1,0 I	
I	6521 I Berufungsverfahren mit Urteil, wenn der I I	
I	I Privatkläger ohne Erfolg die Berufung I I	
I	I eingelegt hat I 120 DM I	
I	6522 I Erledigung der Berufung des Beschuldigten I I	
I	I ohne Urteil I 0,25 I	
I	6523 I Erledigung der Berufung des Privatklägers I I	
I	I ohne Urteil I 30 DM I	
I	I	
I	c) Revisionsverfahren I	
I	6530 I Revisionsverfahren mit Urteil oder Beschluß I I	
I	I nach § 349 Abs. 2 oder 4 StPO, wenn der I I	
I	I Privatkläger mit Erfolg oder der I I	
I	I Beschuldigte die Revision eingelegt hat ... I 1,0 I	
I	6531 I Revisionsverfahren mit Urteil oder Beschluß I I	
I	I nach § 349 Abs. 2 StPO, wenn der I I	
I	I Privatkläger ohne Erfolg die Revision I I	
I	I eingelegt hat I 120 DM I	
I	6532 I Erledigung der Revision des Beschuldigten I I	
I	I ohne Urteil und ohne Beschluß nach I I	
I	I § 349 Abs. 2 oder 4 StPO mit Ausnahme der I I	
I	I Zurücknahme der Revision vor Ablauf der I I	
I	I Begründungsfrist I 0,25 I	
I	6533 I Erledigung der Revision des Privatklägers I I	
I	I ohne Urteil und ohne Beschluß nach I I	
I	I § 349 Abs. 2 StPO mit Ausnahme der I I	
I	I Zurücknahme der Revision vor Ablauf der I I	
I	I Begründungsfrist I 30 DM I	
I	I I I	
I	2. Verfahren ohne Verurteilung, das nicht wegen Geringfügigkeit I	
I	eingestellt ist I	
I	I	

I a) Verfahren im ersten Rechtszug I	
I 6540 I Hauptverfahren mit Urteil	I 120 DM I
I 6541 I Erledigung des Verfahrens ohne Urteil	I 30 DM I
I I	
I b) Berufungsverfahren I	
I 6550 I Berufungsverfahren mit Urteil	I 120 DM I
I 6551 I Erledigung der Berufung ohne Urteil	I 30 DM I
I I	
I c) Revisionsverfahren I	
I 6560 I Revisionsverfahren mit Urteil oder Beschluß I I	
I I nach § 349 Abs. 2 oder 4 StPO	I 120 DM I
I 6561 I Erledigung der Revision ohne Urteil und I I	
I I ohne Beschluß nach § 349 Abs. 2 oder 4 StPO I I	
I I mit Ausnahme der Zurücknahme der Revision I I	
I I vor Ablauf der Begründungsfrist	I 30 DM I
I I I I	
I 3. Wiederaufnahme eines Privatklageverfahrens auf Antrag des I	
I Privatklägers I	
I 6570 I Der Antrag wird verworfen	I 30 DM I
I 6571 I Nach Anordnung der Wiederaufnahme wird I I	
I I nicht auf eine höhere Strafe erkannt	I 120 DM I
I I I I	
I VI. Nebenklage I	
I Dem Nebenkläger sind Kosten auferlegt worden: I	
I 6600 I Die Berufung des Nebenklägers wird durch I I	
I I Urteil oder die Revision des Nebenklägers I I	
I I wird durch Urteil oder Beschluß nach § 349 I I	
I I Abs. 2 StPO verworfen; aufgrund der I I	
I I Berufung oder Revision des Nebenklägers I I	
I I wird der Angeklagte freigesprochen oder für I I	
I I straffrei erklärt	I 120 DM I
I 6601 I Erledigung der Berufung des Nebenklägers I I	
I I ohne Urteil oder der Revision des I I	
I I Nebenklägers ohne Urteil und ohne Beschluß I I	
I I nach § 349 Abs. 2 StPO mit Ausnahme der I I	
I I Zurücknahme der Revision vor Ablauf der I I	
I I Begründungsfrist	I 30 DM I
I 6602 I Der Antrag des Nebenklägers auf Wiederaufnahme I	
I I des Verfahrens wird verworfen	I 30 DM I
I 6603 I Nach Anordnung der Wiederaufnahme des I I	
I I Verfahrens auf Antrag des Nebenklägers I I	
I I wird nicht auf eine höhere Strafe erkannt . I 120 DM I	
I I I I	
I VII. Beschwerdeverfahren I	
I I Verwerfung oder Zurückweisung einer I I	
I I Beschwerde I I	
I 6700 I - gegen einen Beschluß, durch den ein I I	
I I Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens I I	
I I hinsichtlich einer Freiheitsstrafe, einer I I	

I I Geldstrafe oder einer Maßregel der I I
 I I Besserung und Sicherung verworfen oder I I
 I I abgelehnt wurde I 0,5 I
 I 6702 I - im Kostenfestsetzungsverfahren I 1,0 der Gebühr I
 I I I nach I
 I I I § 11 Abs. 2 GKG I
 I 6703 I - in sonstigen Fällen außer in Beschwerde- I I
 I I verfahren, die nach anderen Vorschriften I I
 I I gebührenfrei sind I 20 DM I
 I I Von dem Beschuldigten wird eine Gebühr nur I I
 I I erhoben, wenn gegen ihn rechtskräftig auf I I
 I I eine Strafe oder auf Verwarnung mit I I
 I I Strafvorbehalt erkannt oder eine Maßregel der I
 I I Besserung und Sicherung angeordnet ist. I I
 I I I I
 I VIII. Entschädigungsverfahren I
 I 6800 I Soweit dem Verletzten oder seinem Erben im I I
 I I Strafverfahren ein aus der Straftat I I
 I I erwachsener vermögensrechtlicher Anspruch I I
 I I zuerkannt ist (§ 403 StPO) I 1,0 der Gebühr I
 I I Die Gebühr wird für jeden Rechtszug nach I nach I
 I I dem Wert des zuerkannten Anspruchs erhoben. I § 11 Abs. 2 GKG I
 I I I I

 I I I Gebührenbetrag I
 I I I oder Satz der I
 I I I Gebühr 7110, I
 I Nr. I Gebührentatbestand I soweit nichts I
 I I I anderes I
 I I I vermerkt ist I
 I-----I
 I Teil 7 I
 I Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten I
 I I
 I § 473 Abs. 4 StPO, auch i.V.m. § 46 Abs. 1 OWiG, und § 11 Abs. 3 I
 I Satz 1 GKG bleiben unberührt. I
 I I
 I I. Bußgeldverfahren oder Strafverfahren mit rechtskräftiger I
 I Festsetzung einer Geldbuße I
 I 1. Verfahren im ersten Rechtszug I
 I 7110 I Hauptverhandlung mit Urteil oder Beschluß I I
 I I ohne Hauptverhandlung, soweit kein I I
 I I Strafbefehl vorausgegangen ist I 10 v.H. des I
 I I I Betrages der I
 I I I Geldbuße, I
 I I I - mindestens I
 I I I 50 DM I
 I I I - höchstens I
 I I I 25.000 DM I

I 7111 I Strafbefehl, auch wenn nach Einspruch durch I I	
I I Urteil entschieden worden ist	I 0,5 I
I 7112 I Hauptverhandlung mit Urteil, soweit ein I I	
I I Strafbefehl vorausgegangen ist	I 0,5 I
I I I I	
I 2. Berufungsverfahren I	
I 7120 I Berufungsverfahren mit Urteil	I 1,0 I
I 7121 I Erledigung des Berufungsverfahrens ohne I I	
I I Urteil	I 0,25 I
I I I I	
I 3. Rechtsbeschwerdeverfahren I	
I 7130 I Rechtsbeschwerdeverfahren mit Urteil oder I I	
I I Beschluß nach § 79 Abs. 5 OWiG	I 1,0 I
I 7131 I Erledigung der Rechtsbeschwerde ohne Urteil I I	
I I oder Beschluß nach § 79 Abs. 5 OWiG mit I I	
I I Ausnahme der Zurücknahme der Rechtsbeschwerde I	
I I vor Ablauf der Begründungsfrist I 0,25 I	
I I I I	
I 4. Revisionsverfahren I	
I 7135 I Revisionsverfahren mit Urteil oder Beschluß I I	
I I nach § 349 Abs. 2 oder 4 StPO	I 1,0 I
I 7136 I Erledigung des Revisionsverfahrens ohne I I	
I I Urteil und ohne Beschluß nach § 349 Abs. 2 I I	
I I oder 4 StPO mit Ausnahme der Zurücknahme I I	
I I der Revision vor Ablauf der I I	
I I Begründungsfrist	I 0,25 I
I I I I	
I II. Verfahren nach Einspruch ohne Sachentscheidung I	
I 7200 I Verwerfung des Einspruchs nach Beginn der I I	
I I Hauptverhandlung	I 0,5 I
I I I I	
I III. Wiederaufnahme des Bußgeldverfahrens oder des Strafverfahrens, I	
I soweit gegen den Betroffenen oder den Beschuldigten eine I	
I Geldbuße festgesetzt worden ist I	
I 7300 I Verwerfung oder Ablehnung eines Antrags auf I I	
I I Wiederaufnahme des Verfahrens	I 0,5 I
I 7301 I Entscheidung nach erneuter Hauptverhandlung I I	
I I (§ 373 StPO i.V.m. § 46 Abs. 1 OWiG)	I 1,0 I
I I I I	
I IV. Berufung, Rechtsbeschwerde, Revision und Wiederaufnahme I	
I betreffend I	
I - die Einziehung, den Verfall, die Unbrauchbarmachung oder die I	
I Abführung des Mehrerlöses neben einer Geldbuße oder I	
I selbständig; I	
I - die Verwerfung eines Antrags nach § 439 StPO i.V.m. I	
I § 46 Abs. 1 OWiG I	
I 7400 I Verwerfung der Berufung durch Urteil	I 60 DM I
I 7401 I Erledigung der Berufung ohne Urteil	I 20 DM I
I 7402 I Verwerfung der Rechtsbeschwerde durch I I	

I I Urteil oder Beschluß nach § 79 Abs. 5 OWiG I 60 DM I
 I 7403 I Erledigung der Rechtsbeschwerde ohne Urteil I I
 I I oder Beschluß nach § 79 Abs. 5 OWiG mit I I
 I I Ausnahme der Zurücknahme der Rechtsbeschwerde I
 I I vor Ablauf der Begründungsfrist I 20 DM I
 I 7404 I Verwerfung der Revision durch Urteil oder I I
 I I Beschluß nach § 349 Abs. 2 oder 4 StPO I 60 DM I
 I 7405 I Erledigung der Revision ohne Urteil und I I
 I I ohne Beschluß nach § 349 Abs. 2 oder 4 StPO I I
 I I mit Ausnahme der Zurücknahme der Revision I I
 I I vor Ablauf der Begründungsfrist I 20 DM I
 I 7406 I Verwerfung oder Ablehnung eines Antrags auf I I
 I I Wiederaufnahme des Verfahrens I 30 DM I
 I 7407 I Entscheidung nach erneuter Hauptverwaltung I I
 I I (§ 373 StPO i.V.m. § 46 Abs. 1 OWiG) I 60 DM I
 I I I I
 I V. Unwahre Anzeige I
 I 7500 I Dem Anzeigenden sind die Kosten auferlegt I I
 I I worden (§ 469 StPO i.V.m. § 46 Abs. 1 OWiG) I 60 DM I
 I I I I
 I VI. Beschwerdeverfahren I
 I außer den Verfahren über die in den Abschnitten I und IV I
 I genannten Beschwerden I
 I I Verwerfung oder Zurückweisung einer I I
 I I Beschwerde I I
 I 7600 I - gegen einen Beschluß, durch den ein I I
 I I Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens I I
 I I hinsichtlich einer Geldbuße verworfen I I
 I I oder abgelehnt wurde I 0,5 I
 I 7601 I - gegen eine Entscheidung, durch die im I I
 I I gerichtlichen Verfahren nach dem OWiG I I
 I I oder im selbständigen Verfahren nach § 30 I I
 I I OWiG, im Strafverfahren oder im I I
 I I selbständigen Verfahren nach den §§ 440, I I
 I I 441, 444 Abs. 3 StPO eine Geldbuße gegen I I
 I I eine juristische Person oder eine I I
 I I Personenvereinigung festgesetzt worden I I
 I I ist I 0,5 I
 I I Eine Gebühr wird nur erhoben, wenn eine I I
 I I Geldbuße rechtskräftig festgesetzt ist. I I
 I 7602 I - im Kostenfestsetzungsverfahren I 1,0 der Gebühr I
 I I I nach I
 I I I § 11 Abs. 2 GKG I
 I 7603 I - in sonstigen Fällen außer in Beschwerde- I I
 I I verfahren, die nach anderen Vorschriften I I
 I I gebührenfrei sind I 20 DM I
 I I Von dem Betroffenen wird eine Gebühr nur I I
 I I erhoben, wenn gegen ihn eine Geldbuße I I
 I I rechtskräftig festgesetzt ist. I I

I I I I

I VII. Verfahren mit abschließender Entscheidung im Falle des I

I § 25a Abs. 1 des Straßenverkehrsgesetzes I

I 7700 I Entscheidung des Gerichts I 50 DM I

I 7710 I Entscheidung der Staatsanwaltschaft I 25 DM I

I I I I

I I I Satz der Gebühr I

I Nr. I Gebührentatbestand I nach I

I I I § 11 Abs. 2 GKG I

I-----I

I Teil 8 I

I Gerichtliche Verfahren nach dem Strafvollzugsgesetz I

I I

I 8000 I Zurückweisung des Antrags I 1,0 I

I 8001 I Zurücknahme des Antrags I 0,5 I

I 8010 I Verwerfung der Rechtsbeschwerde I 1,0 I

I 8011 I Zurücknahme der Rechtsbeschwerde I 0,5 I

I 8020 I Zurückweisung des Antrags auf Erlass einer I I

I I Entscheidung nach § 114 Abs. 2 StVollzG ... I 0,5 I

I I I I

I Nr. I Auslagentatbestand I Höhe I

I-----I

I Teil 9 I

I Auslagen I

I (1) Auslagen, die durch eine für begründet befundene Beschwerde I
I entstanden sind, werden nicht erhoben, soweit das Beschwerdeverfahren
I gebührenfrei ist; dies gilt jedoch nicht, soweit das I
I Beschwerdegericht die Kosten dem Gegner des Beschwerdeführers I
I auferlegt hat. I

I (2) Neben Gebühren, die sich nach dem Streitwert richten, mit I
I Ausnahme der Gebühr 6800, werden die Auslagen nach den Nummern I
I 9001 und 9002 nur erhoben, soweit sie in einer Instanz einen Betrag I
I von 100 DM überschreiten. I

I I

I 9000 I Die Schreibauslagen betragen für jede Seite I I

I I unabhängig von der Art der Herstellung in I I

I I demselben Rechtszug I I

I I a) für die ersten 50 Seiten I 1 DM I

I I b) für jede weitere Seite I 0,30 DM I

I I (1) Die Höhe der Schreibauslagen ist für I I

I I jeden Kostenschuldner nach § 56 Abs. 1 GKG I I

I I gesondert zu berechnen; Gesamtschuldner I I

I I gelten als ein Schuldner. I I

I I (2) Schreibauslagen werden erhoben für I I

I I Ausfertigungen oder Abschriften, I I

I I a) die auf Antrag erteilt, angefertigt oder I I

I I per Telefax übermittelt werden; I I

I I b) die angefertigt worden sind, weil die I I
 I I Partei oder ein Beteiligter es I I
 I I unterlassen hat, einem von Amts wegen I I
 I I zuzustellenden Schriftsatz die I I
 I I erforderliche Zahl von Abschriften I I
 I I beizufügen. I I
 I I (3) Frei von Schreibauslagen sind für jede I I
 I I Partei, jeden Beteiligten und jeden I I
 I I Beschuldigten I I
 I I a) eine vollständige Ausfertigung oder I I
 I I Abschrift jeder gerichtlichen I I
 I I Entscheidung und jedes vor Gericht I I
 I I abgeschlossenen Vergleichs; I I
 I I b) eine Ausfertigung ohne Tatbestand und I I
 I I Entscheidungsgründe; I I
 I I c) eine Abschrift jeder Niederschrift über I I
 I I eine Sitzung; I I
 I I d) bei Vertretung durch einen I I
 I I Bevollmächtigten jeweils eine weitere I I
 I I vollständige Ausfertigung oder I I
 I I Abschrift. I I
 I I (4) Schreibauslagen für die erste Abschrift I I
 I I eines mit eidesstattlicher Versicherung I I
 I I abgegebenen Vermögensverzeichnisses und der I I
 I I Niederschrift über die Abgabe der I I
 I I eidesstattlichen Versicherung werden von I I
 I I demjenigen Kostenschuldner nicht erhoben, I I
 I I von dem die Gebühr 1643 oder 1644 zu I I
 I I erheben ist. I I
 I I (5) Werden für Ausfertigungen oder I I
 I I Abschriften Entwürfe verwandt, die der I I
 I I Antragsteller dem Gericht zur Verfügung I I
 I I gestellt hat und die nur durch I I
 I I Geschäftsnummer, Zeitangaben, Kostenrechnung, I I
 I I Ausfertigungs- oder Beglaubigungsvermerk I I
 I I und Unterschrift des ausfertigenden I I
 I I Bediensteten zu ergänzen sind, so werden I I
 I I Schreibauslagen nicht erhoben. I I
 I 9001 I Entgelte für Telekommunikationsdienstleistungen I
 I I außer für den Telefondienst I in voller Höhe I
 I 9002 I Kosten für Zustellungen durch I I
 I I a) die Post mit Zustellungsurkunde oder I I
 I I Einschreiben gegen Rückschein I in voller Höhe I
 I I b) Justizbedienstete nach den §§ 211, 212 I I
 I I ZPO anstelle der tatsächlichen I I
 I I Aufwendungen I jeweils in Höhe I
 I I Neben der Gebühr 1643 werden für die erste I des Betrages I
 I I Zustellung keine Auslagen erhoben. I der Gebühr nach I
 I I I § 16 Abs. 1 I

I I I GvKostG I
 I 9003 I Versendung von Akten auf Antrag je Sendung I I
 I I pauschal I 15 DM I
 I I Die Auslagen werden von demjenigen I I
 I I Kostenschuldner nicht erhoben, von dem I I
 I I die Gebühr 1645 zu erheben ist. I I
 I 9004 I Kosten, die durch öffentliche I I
 I I Bekanntmachung entstehen, mit Ausnahme der I I
 I I für Post- und Telekommunikationsdienst- I I
 I I leistungen zu zahlenden Entgelte, jedoch I I
 I I nicht die Kosten der Bekanntmachung eines I I
 I I besonderen Prüfungstermins (§ 177 InsO, I I
 I I § 11 SVertO) I in voller Höhe I
 I 9005 I Nach dem Gesetz über die Entschädigung von I I
 I I Zeugen und Sachverständigen (ZuSEG) zu I I
 I I zahlende Beträge, und zwar auch dann, wenn I I
 I I aus Gründen der Gegenseitigkeit, der I I
 I I Verwaltungsvereinfachung und dgl. keine I I
 I I Zahlungen zu leisten sind I in voller Höhe I
 I I (1) Ist für einen Beschuldigten oder I I
 I I Betroffenen, der der deutschen Sprache I I
 I I nicht mächtig, taub oder stumm ist, im I I
 I I Strafverfahren oder im gerichtlichen I I
 I I Verfahren nach dem OWiG ein Dolmetscher I I
 I I oder Übersetzer herangezogen worden, um I I
 I I Erklärungen oder Schriftstücke zu I I
 I I übertragen, auf deren Verständnis der I I
 I I Beschuldigte oder Betroffene zu seiner I I
 I I Verteidigung angewiesen ist, werden von I I
 I I diesem die dadurch entstandenen Auslagen I I
 I I nur erhoben, wenn das Gericht ihm diese I I
 I I nach § 464c StPO oder die Kosten nach I I
 I I § 467 Abs. 2 Satz 1 StPO, jeweils auch I I
 I I i.V.m. § 46 Abs. 1 OWiG, auferlegt hat. I I
 I I (2) Sind die Auslagen durch mehrere I I
 I I Geschäfte veranlaßt, die sich auf I I
 I I verschiedene Rechtssachen beziehen, so I I
 I I werden die Auslagen auf die mehreren I I
 I I Geschäfte unter Berücksichtigung der auf I I
 I I die einzelnen Geschäfte verwendeten Zeit I I
 I I angemessen verteilt. I I
 I 9006 I Bei Geschäften außerhalb der Gerichtsstelle I I
 I I a) die den Gerichtspersonen aufgrund I I
 I I gesetzlicher Vorschriften gewährte I I
 I I Vergütung (Reisekosten, Auslagenersatz) I I
 I I und die Kosten für die Bereitstellung I I
 I I von Räumen I in voller Höhe I
 I I b) für den Einsatz von I I
 I I Dienstkraftfahrzeugen für jeden I I

I I gefahrenen Kilometer I 0,52 DM I
 I I Sind die Auslagen durch mehrere Geschäfte I I
 I I veranlaßt, die sich auf verschiedene I I
 I I Rechtssachen beziehen, so werden die I I
 I I Auslagen auf die mehreren Geschäfte unter I I
 I I Berücksichtigung der Entfernung und der auf I I
 I I die einzelnen Geschäfte verwendeten Zeit I I
 I I angemessen verteilt. I I
 I 9007 I An Rechtsanwälte zu zahlende Beträge mit I I
 I I Ausnahme der Vergütungen nach dem I I
 I I 13. Abschnitt der BRAGO I in voller Höhe I
 I 9008 I Kosten für I I
 I I a) die Beförderung von Personen I in voller Höhe I
 I I b) Zahlungen an mittellose Personen für die I I
 I I Reise zum Ort einer Verhandlung, I I
 I I Vernehmung oder Untersuchung und für die I I
 I I Rückreise I bis zur Höhe I
 I I I der nach dem I
 I I I ZuSEG an Zeugen I
 I I I zu zahlenden I
 I I I Beträge I
 I 9009 I An Dritte zu zahlende Beträge für I I
 I I a) die Beförderung von Tieren und Sachen I I
 I I mit Ausnahme der für Postdienstleistungen I
 I I zu zahlenden Entgelte, die I I
 I I Verwahrung von Tieren und Sachen sowie I I
 I I die Fütterung von Tieren I in voller Höhe I
 I I b) die Beförderung und die Verwahrung von I I
 I I Leichen I in voller Höhe I
 I I c) die Durchsuchung oder Untersuchung von I I
 I I Räumen und Sachen einschließlich der die I I
 I I Durchsuchung oder Untersuchung I I
 I I vorbereitenden Maßnahmen I in voller Höhe I
 I I d) die Bewachung von Schiffen und I I
 I I Luftfahrzeugen I in voller Höhe I
 I 9010 I Kosten einer Zwangshaft I in Höhe der für I
 I I I die I
 I I I Freiheitsstrafe I
 I I I geltenden Sätze I
 I 9011 I Kosten einer Haft außer Zwangshaft, Kosten I I
 I I einer einstweiligen Unterbringung I I
 I I (§ 126a StPO), einer Unterbringung zur I I
 I I Beobachtung (§ 81 StPO, § 73 JGG) und einer I I
 I I einstweiligen Unterbringung in einem Heim I I
 I I der Jugendhilfe (§ 71 Abs. 2, § 72 Abs. 4 I I
 I I JGG) I in Höhe der für I
 I I Diese Kosten werden nur angesetzt, wenn sie I die I
 I I nach den für die Freiheitsstrafe geltenden I Freiheitsstrafe I
 I I Vorschriften zu erheben wären. I geltenden Sätze I

I 9012 I Beträge, die anderen inländischen Behörden, I I
 I I öffentlichen Einrichtungen oder I I
 I I Bediensteten als Ersatz für Auslagen der in I I
 I I den Nummern 9000 bis 9011 bezeichneten Art I I
 I I zustehen, und zwar auch dann, wenn aus I I
 I I Gründen der Gegenseitigkeit, der I I
 I I Verwaltungsvereinfachung und dgl. keine I I
 I I Zahlungen zu leisten sind I begrenzt durch I
 I I I die Höchstsätze I
 I I I für die I
 I I I Auslagen 9000 I
 I I I bis 9011 I
 I 9013 I Beträge, die ausländischen Behörden, I I
 I I Einrichtungen oder Personen im Ausland I I
 I I zustehen, sowie Kosten des Rechtshilfeverkehrs I
 I I mit dem Ausland, und zwar auch I I
 I I dann, wenn aus Gründen der Gegenseitigkeit, I I
 I I der Verwaltungsvereinfachung und dgl. keine I I
 I I Zahlungen zu leisten sind I in voller Höhe I
 I 9014 I Auslagen der in den Nummern 9000 bis 9013 I I
 I I bezeichneten Art, soweit sie durch die I I
 I I Vorbereitung der öffentlichen Klage I I
 I I entstanden sind I begrenzt durch I
 I I I die Höchstsätze I
 I I I für die I
 I I I Auslagen 9000 I
 I I I bis 9012 I
 I 9015 I Auslagen der in den Nummern 9000 bis 9013 I I
 I I bezeichneten Art, soweit sie durch das dem I I
 I I gerichtlichen Verfahren vorausgegangene I I
 I I Bußgeldverfahren entstanden sind I begrenzt durch I
 I I Absatz 1 der Anmerkung zu Nummer 9005 ist I die Höchstsätze I
 I I nicht anzuwenden. I für die I
 I I I Auslagen 9000 I
 I I I bis 9012 I
 I 9016 I Nach § 50 Abs. 5 FGG an den I I
 I I Verfahrenspfleger zu zahlende Beträge I in voller Höhe I

GKG Anlage 2 (zu § 11 Abs. 2)

< Fundstelle des Originaltextes: BGBl. I 1994, 1367 >

Streitwert Gebühr I Streitwert Gebühr

bis ... DM ... DM I bis ... DM ... DM

600	I	50	I	70.000	I	775
1.200	I	70	I	80.000	I	835
1.800	I	90	I	90.000	I	895
2.400	I	110	I	100.000	I	955
3.000	I	130	I	130.000	I	1.155
4.000	I	145	I	160.000	I	1.355

5.000	I	160	I	190.000	I	1.555
6.000	I	175	I	220.000	I	1.755
7.000	I	190	I	250.000	I	1.955
8.000	I	205	I	280.000	I	2.155
9.000	I	220	I	310.000	I	2.355
10.000	I	235	I	340.000	I	2.555
12.000	I	265	I	370.000	I	2.755
14.000	I	295	I	400.000	I	2.955
16.000	I	325	I	460.000	I	3.250
18.000	I	355	I	520.000	I	3.545
20.000	I	385	I	580.000	I	3.840
25.000	I	430	I	640.000	I	4.135
30.000	I	475	I	700.000	I	4.430
35.000	I	520	I	760.000	I	4.725
40.000	I	565	I	820.000	I	5.020
45.000	I	610	I	880.000	I	5.315
50.000	I	655	I	940.000	I	5.610
60.000	I	715	I	1.000.000	I	5.905

GKG Anhang EV Auszug aus EinigVtr Anlage I Kapitel III Sachgebiet A Abschnitte III und IV (BGBl. II 1990, 889, 935, 940) Abschnitt III - Maßgaben für das beigetretene Gebiet (Art. 3 EinigVtr) - Abschnitt IV - Sonderregelung für das Land Berlin -

Abschnitt III

Bundesrecht tritt ... vorbehaltlich der Sonderregelung für das Land Berlin in Abschnitt IV in dem in Artikel 3 des Vertrages genannten Gebiet mit folgenden Maßgaben in Kraft:

...

19. Gerichtskostengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3047), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Juni 1989 (BGBl. I S. 1082), mit folgenden Maßgaben:
 - a) Die sich aus den in Kraft gesetzten Vorschriften ergebenden Gebühren ermäßigen sich um 10 vom Hundert, wenn der Kostenschuldner seinen allgemeinen Gerichtsstand in dem in Artikel 3 des Vertrages genannten Gebiet hat. Die Ermäßigung erstreckt sich auf andere Kostenschuldner, die als Zweitschuldner gemäß § 58 Abs. 2 in Anspruch genommen werden. § 11 Abs. 3 bleibt unberührt.
 - b) Das Gericht kann unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles, insbesondere des Umfangs und der Bedeutung der Sache und der Vermögens- und Einkommensverhältnisse der Beteiligten, einen um bis zu einem Drittel geringeren Wert festsetzen, wenn nach den gesetzlichen Vorschriften ein Mindestwert oder ein fiktiver Wert festgelegt ist, weil genügende tatsächliche Anhaltspunkte für die Bestimmung des Wertes nicht bestehen.
 - c) (weggefallen)
 - d) § 73 Abs. 1 und 3 gilt auch für das Inkrafttreten dieses Gesetzes in dem in Artikel 3 des Vertrages genannten Gebiet.
In Strafsachen, in gerichtlichen Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten und nach dem Strafvollzugsgesetz werden die Kosten nach dem bisherigen Recht erhoben, wenn das Verfahren vor dem

Inkrafttreten dieses Gesetzes anhängig geworden ist. Dies gilt nicht im Verfahren über ein Rechtsmittel, das nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eingelegt worden ist.

...

27. Für die Kostengesetze gilt im übrigen die folgende

allgemeine Maßgabe:

Der Bundesminister der Justiz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die jeweils in den Buchstaben a) der Maßgaben zum Gerichtskostengesetz, zur Kostenordnung, zum Gesetz über Kosten der Gerichtsvollzieher, zum Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter, zum Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen und zur Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte bestimmten Ermäßigungssätze zur Anpassung an die wirtschaftlichen Verhältnisse neu festzusetzen oder aufzuheben. Die Rechtsverordnungen bedürfen der Zustimmung des Bundesrates, wenn sie sich auf Gesetze beziehen, die der Zustimmung des Bundesrates bedürfen.

28. Im übrigen gelten, falls in den Nummern 1 bis 27 nichts anderes bestimmt ist, die folgenden

allgemeinen Maßgaben:

- a) Soweit in Vorschriften, die in dem in Artikel 3 des Vertrages genannten Gebiet in Kraft gesetzt werden oder auf Grund des Staatsvertrages vom 18. Mai 1990 in Kraft gesetzt worden sind, auf Recht der Bundesrepublik Deutschland verwiesen wird, das in diesem Gebiet keine Anwendung findet, sind die entsprechenden Vorschriften der Deutschen Demokratischen Republik anzuwenden. Bestehen solche Vorschriften nicht oder würde ihre Anwendung dem Sinn der Verweisung widersprechen, gelten die Vorschriften, auf die verwiesen wird, entsprechend.
- b) Soweit in fortgeltendem Recht der Deutschen Demokratischen Republik auf Vorschriften verwiesen wird, die keine Anwendung mehr finden, sind die entsprechenden Vorschriften des Rechts der Bundesrepublik Deutschland anzuwenden.
- c) Soweit in anderen Vorschriften auf Vorschriften verwiesen wird, die durch diesen Vertrag geändert werden, treten an deren Stelle die geänderten Vorschriften.
- d) Die Maßgaben a) bis c) gelten auch, wenn Vorschriften an bestimmte Verfahren anknüpfen.
- e) Werden in den Vorschriften, die in dem in Artikel 3 des Vertrages genannten Gebiet in Kraft gesetzt werden, und in dem in diesem Gebiet geltenden Recht vergleichbare Behörden, sonstige Stellen oder Verfahren unterschiedlich bezeichnet, so treten die im dort geltenden Recht bezeichneten Stellen oder Verfahren an die Stelle derjenigen, die in den in Kraft gesetzten Vorschriften genannt sind; gleiches gilt bei Abweichungen in der Bezeichnung sonstiger Umstände, die inhaltlich vergleichbar sind.
- f) Durch Verordnung eingeführte Vordrucke können in angepaßter Form verwendet werden.
- g) Die am Tag des Wirksamwerdens des Beitritts anhängigen Verfahren werden in der Lage, in der sie sich befinden, nach den in Kraft

gesetzten Vorschriften fortgesetzt.

- h) Der Lauf einer verfahrensrechtlichen Frist, der vor dem Wirksamwerden des Beitritts begonnen hat, richtet sich nach den in der Deutschen Demokratischen Republik geltenden Vorschriften.
- i) Ist am Tag des Wirksamwerdens des Beitritts ein Rechtsmittel oder Rechtsbehelf bereits eingelegt oder zwar noch nicht eingelegt, aber die Frist zur Einlegung noch nicht abgelaufen, so richtet sich die Zulässigkeit des Rechtsmittels oder Rechtsbehelfs und das weitere Verfahren hierzu nach den in Kraft gesetzten Vorschriften. Jedoch führen, wenn ein Rechtsmittel oder Rechtsbehelf bereits unter Beachtung der Formvorschriften des Rechts der Deutschen Demokratischen Republik eingelegt ist, abweichende Formvorschriften nicht zur Unzulässigkeit; nach den in Kraft gesetzten Vorschriften erforderliche Rechtsmittelanträge und -gründe sind binnen eines Monats nach dem Wirksamwerden des Beitritts nachzureichen. Ist die Zulässigkeit eines Rechtsmittels nach den in Kraft gesetzten Vorschriften davon abhängig, daß es von dem Gericht, dessen Entscheidung angefochten ist, zugelassen wird, so entscheidet das Rechtsmittelgericht auch über die Zulassung des Rechtsmittels.
- j) Ist vor dem Wirksamwerden des Beitritts ein Rechtsmittel oder Rechtsbehelf nach dem Recht der Deutschen Demokratischen Republik in zulässiger Weise eingelegt worden, jedoch nach den in Kraft gesetzten Vorschriften nicht mehr zulässig und deshalb zu verwerfen, so fallen die im Rechtsmittel- oder Rechtsbehelfsverfahren entstandenen Kosten und notwendigen Auslagen der Staatskasse zur Last. Entsprechendes gilt für Klagen, wenn die Klagebefugnis entfällt.
- k) Geht durch das Inkraftsetzen des Bundesrechts in dem in Artikel 3 des Vertrages genannten Gebiet die Zuständigkeit für eine Sache auf eine andere Stelle über, so hat die bisher zuständige Stelle die bei ihr befindlichen Akten und Vorgänge dieser Sache unverzüglich der nunmehr zuständigen Stelle zuzuleiten. Entsprechendes gilt für Akten und Vorgänge, die von der bisher zuständigen Stelle anderen Stellen nur vorübergehend ausgehändigt sind.
- l) Am Tag des Wirksamwerdens des Beitritts anhängige Kassationsverfahren werden nach dem Verfahrensrecht der Deutschen Demokratischen Republik zu Ende geführt.

Abschnitt IV

...

3. Für folgende in Abschnitt III genannte Rechtsvorschriften gelten im Land Berlin folgende Besonderheiten:

...

- f) Gerichtskostengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3047), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Juni 1989 (BGBl. I S. 1082), mit folgender Maßgabe:
Die Maßgabe b) zum Gerichtskostengesetz in Abschnitt III - Nr. 19 - ist nicht anzuwenden.

...

- j) Die in Abschnitt III Nr. 28 aufgeführten allgemeinen Maßgaben werden

um folgende Überleitungsvorschrift für die Berliner Gerichte ergänzt:
Die bei den Gerichten des Teils des Landes Berlin, in dem das
Grundgesetz bisher nicht galt, anhängigen Verfahren gehen am Tag des
Wirksamwerdens des Beitritts in der Lage, in der sie sich befinden,
auf die nach dem im bisherigen Geltungsbereich des Grundgesetzes der
Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht zuständigen Gerichte über.
Die Zuständigkeit für Rechtsmittel und Rechtsbehelfe richtet sich nach
dem neuen Recht.

Für die Erledigung anhängiger Kassationsverfahren ist anstelle des
Bezirksgerichts das Landgericht Berlin zuständig, soweit nicht die
Zuständigkeit eines Rechtsmittelgerichts der besonderen
Gerichtsbarkeiten gegeben ist.

...